Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

// BERUFLICHE BILDUNG UND WEITERBILDUNG //

Akademisierung der beruflichen Bildung

Dokumentation der Bundestagung Berufliche Bildung und Weiterbildung
am 12. – 13. November 2015

www.gew.de

Impressum
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Verantwortlich: Ansgar Klinger (v. i. S. d. P.)
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Fax: 069/78973-203
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

Redaktion: GEW
Gestaltung: Karsten Sporleder, Wiesbaden
Fotos: Kay Herschelmann
Druck: GEW

Februar 2016

Inhalt

1. VORWORT 5

2. PROGRAMM 8

3. REFERAT DR. SIRIKIT KRONE: AKADEMISIERUNG DER BERUFSWELT 11

4. PRÄSENTATION THOMAS RESSEL: BERUFLICHKEIT NEU DENKEN – EIN LEITBILD IN DER DISKUSSION 24

5. VORTRAG PROF. DR. GÜNTER KUTSCHA: BILDUNG UND MODERNE BERUFLICHKEIT 29

Link – Präsentation Prof. Dr. Günter Kutscha: Bildung und moderne Beruflichkeit 35

6. FORUM 1

Der Hunger nach Aufstieg – 11 gewerkschaftliche Thesen (Zusammenfassung) 38

Antonia Kühn/Norbert Wichmann: Der Hunger nach Aufstieg – Chancengleichheit ohne Standesdünkel 40

7. FORUM 2

Duales Studium und Rolle der berufsbildenden Schulen (Zusammenfassung) 47

Link – Präsentation Barbara Hemkes: Duales Studium – Formen, Inhalte und Verbreitung 47

Link – Präsentation Ansgar Klinger: Duales Studium und Rolle der berufsbildenden Schulen 47

8. FORUM 3

Attraktivität der dualen Ausbildung stärken (Zusammenfassung) 48

9. FORUM 4

Akademisierung in der Berufsbildung und schwächere Jugendliche (Zusammenfassung) 50

Link – Präsentation Dr. Regina Dionisius: Akademisierung in der Berufsausbildung und schwächere Jugendliche – Sicht der amtlichen Statistik 50

Horst Linke: Akademisierung in der Berufsausbildung und schwächere Jugendliche – Thesen 51

10. FORUM 5

Erzieherinnenausbildung an der Fachschule oder Hochschule (Zusammenfassung) 52

11. FORUM 6

Weiterbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und WeiterBildung an Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium (Zusammenfassung) 54

Link – Präsentation Thomas Ressel: Weiterbildungsberufe nach BBiG und Weiterbildung an Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium 56

Link – Präsentation Wolfgang Hill: Weiterbildung an Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium? 56

ANHANG

GEW Pressemitteilung 57
Bericht Holland-Letz in E&W 01/2016 58
GEW im Netz 60

Vorwort

Ansgar Klinger

Mit der Bundestagung „Akademisierung der beruflichen Bildung“ möchte die GEW ein gesellschaftlich relevantes Thema aufgreifen. Während vor allem im Ausland das System der beruflichen Bildung in Deutschland ein hohes Ansehen genießt, haben sich in den vergangenen Jahren deutliche Verschiebungen zugunsten der akademischen Bildung vollzogen. Für die GEW ist bedeutsam, dass nicht eine Abschottung bzw. eine Konkurrenz, sondern ein gegenseitiger Bezug des Berufsbildungs- und des Hochschulsystems zu einer Lösung der gesellschaftlichen Anforderungen an das Bildungs- und Beschäftigungswesen beitragen. Insofern liegt in einer besseren Verzahnung zwischen beruflicher und akademischer Bildung der Schlüssel zur Lösung. Die Hochschulen müssen sich noch deutlich mehr als bisher für beruflich Qualifizierte öffnen. Dass heute ein erheblich höherer Anteil der Berufseinsteiger/innen über einen akademischen Abschluss verfügt, ist für die GEW kein Beleg für die Entwertung von Abschlüssen, sondern ein gesellschaftlicher Gewinn, der eng mit dem individuellen Wunsch nach gesellschaftlichem Aufstieg verbunden ist. In der Debatte um die „Akademisierung“ darf aber nicht der gesellschaftliche Skandal außer Acht gelassen werden, dass nach wie vor mehr als 1,3 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren über keinen Berufsabschluss verfügen. Die duale Ausbildung muss daher sowohl Leistungsschwächeren eine Qualifizierung und damit gesellschaftliche Teilhabe eröffnen als auch für leistungsstärkere Jugendliche attraktiv gestalten werden, womit vor allem die Arbeitgeber gefordert sind, klare Beschäftigungs- und Aufstiegsperspektiven für beruflich Qualifizierte zu bieten. Dies ist besonders vor dem Hintergrund des oft beklagten Fachkräftemangels und des absehbaren Fachkräftebedarfs von besonderer Bedeutung.

Mehr als 150 Personen - überwiegend aus dem Bereich der Berufsbildung von GEW und DGB, aber auch aus dem Hochschulbereich sowie von Arbeitgeberverbänden, der KMK und dem BMBF – sind der Einladung der GEW zur Bundestagung am 12./13. November 2015 in die Berliner Max-Taut-Schule gefolgt. Moderiert wurde die Tagung zum Verhältnis zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung von dem Bildungsfachmann Bent Paulsen.

In ihrem Eröffnungsvortrag „Akademisierung der Berufswelt“ zeigt Dr. Sirikit Krone vom Institut für Arbeit und Qualifikation Duisburg Trends zu höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen und Befunde der integrierten Ausbildungsberichterstattung auf und deutet die von der deutschen Bildungspolitik forcierte Akademisierung als Folge des Einflusses der europäischen Bildungspolitik der Erklärungen von Bologna (1999) und Kopenhagen (2002) zur Entwicklung eines europäischen Bildungsraums. Dabei stellt sie die Frage der Sinnhaftigkeit eines Vergleichs der deutschen und der europäischen Berufsbildungssituation vor dem Hintergrund der variierenden Jugendarbeitslosigkeit in den Staaten der Europäischen Union. Das Berufsbildungssystem in Deutschland bilde auf hohem Niveau aus, das berufliche Ausbildungssystem müsse sich entsprechend den Anforderungen der qualifizierten Facharbeit weiterentwickeln. Nicht die pauschale Akademisierung der Ausbildungsberufe, sondern die Verknüpfung der Bildungswege des Berufsbildungs- und des Hochschulsystems sei die Lösung, wobei mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungssektoren in beide Richtungen entstehen müsse, was sie anhand des Dualen Studiums näher betrachtet. Hier seien eine Dualität auf tertiärem Niveau und ein Transfer der Erfolgsfaktoren der dualen Berufsausbildung erkennbar; insgesamt spricht Sirikit Krone vor dem europäischen Hintergrund den Teilnehmer/innen mehr Mut zum ‚deutschen Weg‘ zu.

Der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Professor Friedrich Hubert Esser, stellt in seinem anschließenden Vortrag zum Thema „Gleichwertigkeit/Durchlässigkeit“ zunächst die positiven Entwicklungen der Bildungsbeteiligungen zwischen 2005 und 2013 dar, um dann der Frage nachzugehen, was man in der Konkurrenz der Systeme der Berufs- und der Hochschulbildung angesichts der zunehmenden „Passungsprobleme“, dem Sinken der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft sowie einer Vertragslösungsquote von 25 Prozent falsch mache und zeigt einen entsprechenden Bedarf an Weiterentwicklung auf. Er greift die Empfehlungen des Wissenschaftsrats auf und fordert eine Weiterentwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens – allerdings ohne das sogenannte Y-Modell, bei dem Abschlüsse der allgemein- und der beruflichen Bildung getrennt aufgeführt werden –, eine Berufsorientierung in allen allgemeinbildenden Schulformen – explizit auch am Gymnasium –, die Entwicklung von Berufslaufbahnkonzepten und intersystemische Diskurse zwischen der Berufs- und der Hochschulbildung. In einer moderierten Diskussion unter Einbeziehung der Tagungsteilnehmer/innen werden noch einmal einzelne referierte Inhalte nähergehend betrachtet.

In sechs von den Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen der GEW organisierten Foren werden anschließend Teilprobleme des Verhältnisses von beruflicher und hochschulischer Bildung analysiert und mit den Teilnehmer/innen diskutiert:

Foren 1 bis 6

Forum	Referenten	Moderation
Der Hunger nach Aufstieg – Chancengleichheit ohne Standesdünkel – Elf gewerkschaftliche Thesen zum öffentlichen Diskurs über Akademisierung und berufliche Bildung	Antonia Kühn (DGB NRW) Dr. Sirikit Krone (IAQ)	Klemens Lüchtefeld, GEW-NRW
Duales Studium und Rolle der berufsbildenden Schulen	Barbara Hemkes (BIBB) Ansgar Klinger (GEW-Hauptvorstand) Sonja Staack (GEW-Hauptvorstand)	Martin Neumann, GEW Hamburg
Attraktivität der dualen Berufsausbildung stärken	Matthias Anbuhl (DGB-Bundesvorstand)	Ralf Hähnel, GEW Sachsen
Akademisierung in der Berufsbildung und schwächere Jugendliche	Dr. Regina Dionisius (BIBB) Horst Linke (GEW Hamburg)	Klaus Graus, GEW Saarland
Erzieher/-innenausbildung an der Fachschule oder Hochschule?	Norbert Hocke (GEW-Hauptvorstand)	Britta Delique, GEW Niedersachsen
Weiterbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz und Weiterbildung an Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium	Thomas Ressel (IG Metall-Vorstandsverwaltung) Wolfgang Hill (Bundesarbeitskreis der Fachschulen)	Wolfgang Butterbach, GEW Rheinland-Pfalz

Am zweiten Tag präsentieren Berichterstatter zunächst die Ergebnisse der Forenarbeit des Vortages, bevor Thomas Ressel aus dem Ressort Bildung und Qualifizierung der IG-Metall-Vorstandsverwaltung das gegenwärtig in der Diskussion stehende Leitbild der IG-Metall für die betrieblich-duale und die hochschulische Berufsbildung „Beruflichkeit neu denken“ vorstellt. Insbesondere vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Arbeitswelt und der darauf beruhenden Veränderungen der Arbeitsorganisation vermittelt die Berufsbildung schon lange nicht mehr den Lebensberuf, sondern muss neben dem heute schon erforderlichen selbständigen verantwortlichen Handeln in Prozessen auch die Erfahrungs- und Wissenschaftsorientierung in der digitalisierten Arbeitswelt ermöglichen. Dies zeitigt mannigfache Auswirkungen auf die Anforderungen an berufliches Lernen. Thomas Ressel beschreibt ferner, welche Handlungsfolgerungen der Gewerkschaften in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, der Betriebs- und Tarifpolitik, aber auch der Gesellschaftspolitik aus dem Leitbild resultieren.

Anschließend geht Professor Günter Kutscha (Universität Duisburg-Essen) auf einzelne Aspekte des Leitbilds der erweiterten modernen Beruflichkeit vor dem Hintergrund des Verhältnisses von Bildung und moderner Beruflichkeit ein. Die Bildungsexpansion Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre habe zwar das Bildungsniveau aller Schichten im Durch-

schnitt verbessert, aber nicht die herkunftsbedingten Ungleichheiten beseitigt. Während in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion nahezu Konsens über eine Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung besteht, sei die tatsächliche Umsetzung beim Übergang in ein Studium defizitär. Ferner, so eine These von Günter Kutscha, hänge die Wirksamkeit von Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit tatsächlich von der Verankerung von Beruflichkeit im Studium ab. Die große Herausforderung der Hochschulreform bestehe darin, das Studium so zu entwickeln, dass sich Bildung und Beruflichkeit wechselseitig im Medium der Wissenschaften entfalten können.

Die abschließende Plenumsdiskussion mit den Referenten und dem GEW-Vorstandsmitglied geht unter Einbeziehung der Tagungsteilnehmer/innen der Frage nach, was die beschriebene Akademisierung der Berufsbildung und der Verberuflichung der Hochschulen für die Gewerkschaften konkret bedeuten.

Weitergehende Informationen zur Tagung und auch die zur Verfügung gestellten Präsentationen und Beiträge der Referenten/innen einschließlich der nähergehenden Berichte aus den Foren finden Sie auch unter www.gew.de/akademisierung-der-beruflichen-bildung/.

Der Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung der GEW dankt allen Referenten/innen, den Mitgliedern der Bundesfachgruppenausschüsse Kaufmännische und Gewerbliche Schulen, aber auch allen Teilnehmer/innen, die mit ihren Beiträgen, ihrer Vorbereitung und mit ihrer Anwesenheit zum Gelingen der Tagung beigetragen haben.

Ansgar Klinger
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW
Berufliche Bildung und Weiterbildung

Programm

Donnerstag, 12. November 2015

12:00–13:00 Uhr	Anreise und Mittagsimbiss
13:00–13:45 Uhr	**Begrüßung** • Michael Nitsche, Schulleiter der Max-Taut-Schule, Berlin • Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW, Frankfurt am Main • Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW Berlin, Berlin
13:45–14:30 Uhr	**Akademisierung der Berufswelt** • Dr. Sirikit Krone, Institut für Arbeit und Qualifikation, (IAQ), Duisburg
14:30–15:15 Uhr	**Gleichwertigkeit/Durchlässigkeit** • Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser, Bundesinstitut für Berufsbildung - BIBB, Bonn
15:15–16:00 Uhr	Rückfragen und Diskussion zu beiden Vorträgen
16:00–16:30 Uhr	Kaffeepause
16:30–18:30 Uhr	**Foren**
ab 19:00 Uhr	Abendessen und Abendprogramm: PIENI ORKESTERI (Finnische Tanzmusik aus Neukölln)

Freitag, 13. November 2015

09:00–10:00 Uhr	**Präsentation der Ergebnisse aus den Foren**
10:00–10:45 Uhr	**Beruflichkeit neu denken – ein Leitbild in der Diskussion** • Thomas Ressel, IG Metall-Vorstand, Frankfurt am Main
10:45–11:00 Uhr	Kaffeepause
11:00–11:45 Uhr	**Bildung und moderne Beruflichkeit – Aspekte zum Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit** • Prof. Dr. Günter Kutscha, Universität Duisburg-Essen, Essen
11:45–12:45 Uhr	**Plenumsdiskussion** mit Einbindung der Referenten Prof. Dr. Günter Kutscha, Thomas Ressel und Ansgar Klinger Akademisierung der beruflichen Bildung und Verberuflichung der Hochschule – Was bedeutet das für die Gewerkschaften im Allgemeinen und für die GEW im Besonderen?
12:45–13:00 Uhr	**Schlusswort** • Ansgar Klinger, GEW-Hauptvorstand, Frankfurt am Main

Link zum Tagungsdokumentation

www.gew.de/akademisierung-der-beruflichen-bildung

Foren

16:30–18:30 Uhr

Forum 1

Der Hunger nach Aufstieg – Chancengleichheit ohne Standesdünkel; Elf gewerkschaftliche Thesen zum öffentlichen Diskurs über Akademisierung und berufliche Bildung

Beschreibung:
Die Debatte um den Stellenwert beruflicher und akademischer Bildung ist längst entbrannt. Wie hat sich das Bildungssystem in den letzten Jahren entwickelt? Welche Anreize setzt der Arbeitsmarkt? Gibt es Potenziale für mehr Chancen-gleichheit und Durchlässigkeit? Welche Anforderungen bestehen an das Bildungssystem der Zukunft? Mit 11 Thesen leisten Antonia Kühn und Norbert Wichmann einen gemeinsamen Beitrag zur Versachlichung der Debatte. Auf dieser Basis wollen wir im Anschluss an das Eingangsreferat von Prof. Dr. Gerhard Bosch das Thema diskutieren.

- Antonia Kühn, DGB NRW, Referentin für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung, Düsseldorf
- Dr. Sirikit Krone, Institut für Arbeit und Qualifikation, (IAQ), Duisburg

Moderation/Berichterstattung: Klemens Lüchtefeld, GEW Nordrhein-Westfalen

Forum 2

Duales Studium und Rolle der berufsbildenden Schulen

Beschreibung:
Bleibt es ein Zukunftsmodell oder ist das duale Studium eine bildungspolitische Baustelle? Wie haben sich duale Studiengänge in den vergangenen Jahren entwickelt und welche Rolle nehmen die berufsbildenden Schulen in diesem Modell ein? Diese Fragen sowie eine mögliche Positionierung der GEW werden in diesem Forum diskutiert.

- Barbara Hemkes, Bundesinstitut für Berufsbildung - BIBB, Bonn
- Sonja Staack, GEW-Hauptvorstand, Referentin im Vorstandsbereich Hochschule und Forschung, Frankfurt am Main
- Ansgar Klinger, GEW-Hauptvorstand, Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung, Frankfurt am Main

Moderation: Martin Neumann, GEW Hamburg
Berichterstattung: Erich Katterfeld, GEW Baden-Württemberg

Forum 3

Attraktivität der dualen Berufsausbildung stärken

Beschreibung:
Die Berufsausbildung in Deutschland ist hochanerkannt, doch besteht die Gefahr, dass sie im Rahmen der Akademisierungsdiskussion in Deutschland ins Hinter-treffen gerät. Was ist erforderlich, um das duale System auf Dauer für alle Jugendliche noch attraktiver zu gestalten, eine höhere Qualität der Ausbildung sowie verlässliche Karriereperspektiven zu schaffen? Wie kann eine angemessene Vergütung sowie eine höhere Durchlässigkeit zu akademischen Bildungswegen gewährleistet werden? Welche Voraussetzungen müssen vorhanden sein, dass alle Jugendliche ein Recht auf einen Ausbildungsplatz bekommen? Diese Aspekte werden hier diskutiert.

- Matthias Anbuhl, DGB Bundesvorstand, Berlin

Moderation: Ralf Hähnel, GEW Sachsen
Berichterstattung: Martina Hanns, GEW Sachsen

Foren

16:30-18:30 Uhr

Forum 4
Akademisierung in der Berufsbildung und schwächere Jugendliche

Beschreibung:
Ausbildungsinteressierte Jugendliche brauchen ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen. Dies ist nicht immer gegeben. Dabei bleiben die vermeintlich schwächeren Schülerinnen und Schüler trotz behauptetem Fachkräftemangel immer häufiger unversorgt. Welche Konsequenzen und Strukturveränderungen müssen sich ergeben, um diesen Jugendlichen gerecht zu werden?

- Dr. Regina Dionisius, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn
- Horst Linke, GEW Hamburg

Moderation: Klaus Graus, GEW Saarland
Berichterstattung: Tomas Hilsebein, GEW Schleswig-Holstein

Forum 5
Erzieher/-innenausbildung an der Fachschule oder Hochschule?

Beschreibung:
Lange wurde über die Akademisierung der Erzieher/-innenausbildung offen diskutiert, erste Modellversuche sind dazu schon gestartet.
Hierbei ging es sowohl um die Einstufung der Erzieher/-innenqualifikation in den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) als auch um die Schaffung von Erzieher/-innenstudiengängen mit Bachelorabschluss. Beide Aspekte sind Gegenstand dieses Forums.

- Norbert Hocke, GEW-Hauptvorstand, Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit, Frankfurt am Main

Moderation: Almut Paulsen, GEW Berlin
Berichterstattung: Britta Delique, GEW Niedersachsen

Forum 6
Weiterbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Weiterbildung an Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium

Beschreibung:
Die berufliche Aufstiegsfortbildung nach BBiG ist ein mehrstufiges System und bietet Beschäftigten eine gleichwertige Alternative zu einem Hochschulstudium. Wie gelingt es, diesen Anspruch auf Gleichwertigkeit in der Praxis umzusetzen? Vor welchen Herausforderungen steht die Fortbildung nach BBiG angesichts der Digitalisierung der Arbeitswelt? Welche Rolle spielen Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium?

- Thomas Ressel, IG Metall-Vorstand, Frankfurt am Main
- Wolfgang Hill, Bundesarbeitskreis der Fachschulen, Lahnau

Moderation: Dagmar Heinisch-Weiser, GEW Brandenburg
Berichterstattung: Wolfgang Butterbach, GEW Rheinland-Pfalz

Akademisierung der Berufswelt

// Referat von Dr. Sirikit Krone, Institut Arbeit und Qualifikation //

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Akademisierung der Berufswelt

Dr. Sirikit Krone, Institut Arbeit und Qualifikation

GEW-Bundestagung 'Akademisierung der beruflichen Bildung'
Berlin, 12.November 2015

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Gliederung

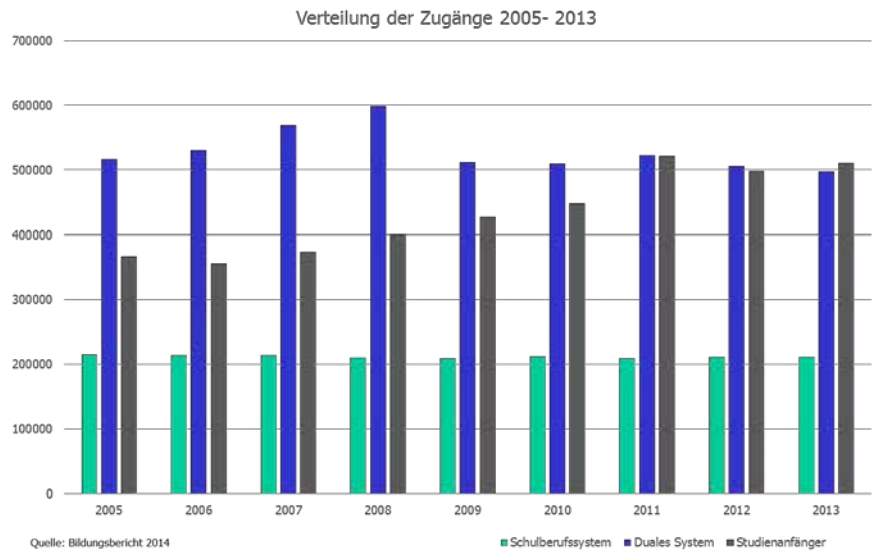
- Akademisierung – einige Eckdaten
- Duale Berufsausbildung unter Druck
- Verknüpfung der Bildungswege

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Gliederung

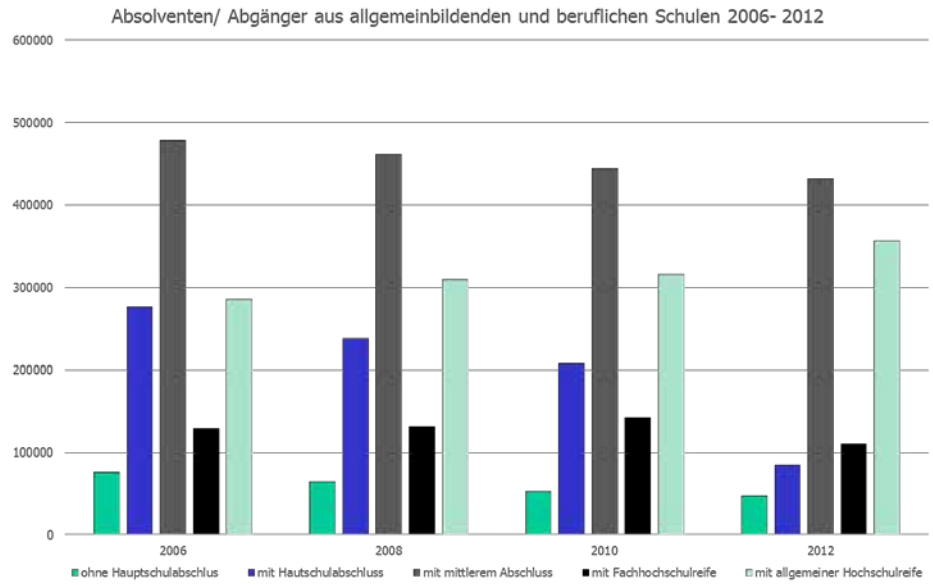
- Akademisierung – einige Eckdaten
- Duale Berufsausbildung unter Druck
- Verknüpfung der Bildungswege

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION



UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION



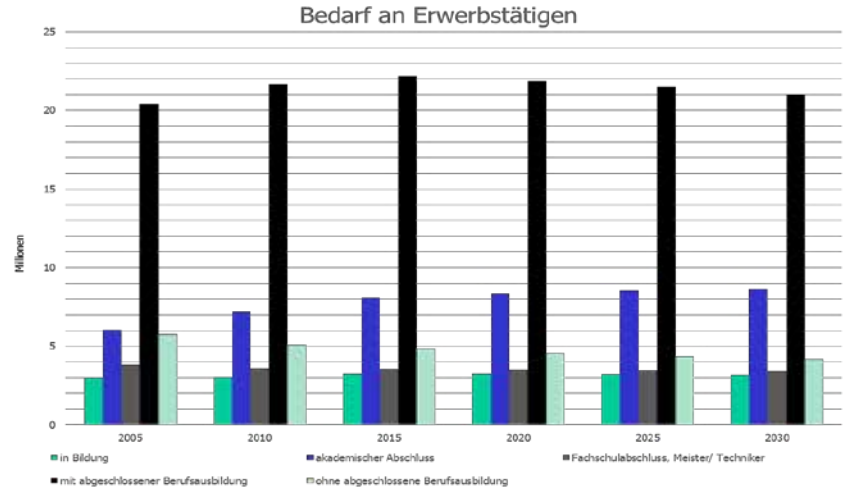
Quelle: Bildungsbericht 2014

D => OECD Daten für 2012

	Abschluss im Tertiärsektor 25-64 Jährige (+ % Punkte seit 2000)	Berufsabschluss Sekundarbereich II bzw. postsekundär 25-64 Jährige
D	28 % (+5)	55 %
OECD	33 % (+10)	33 %

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

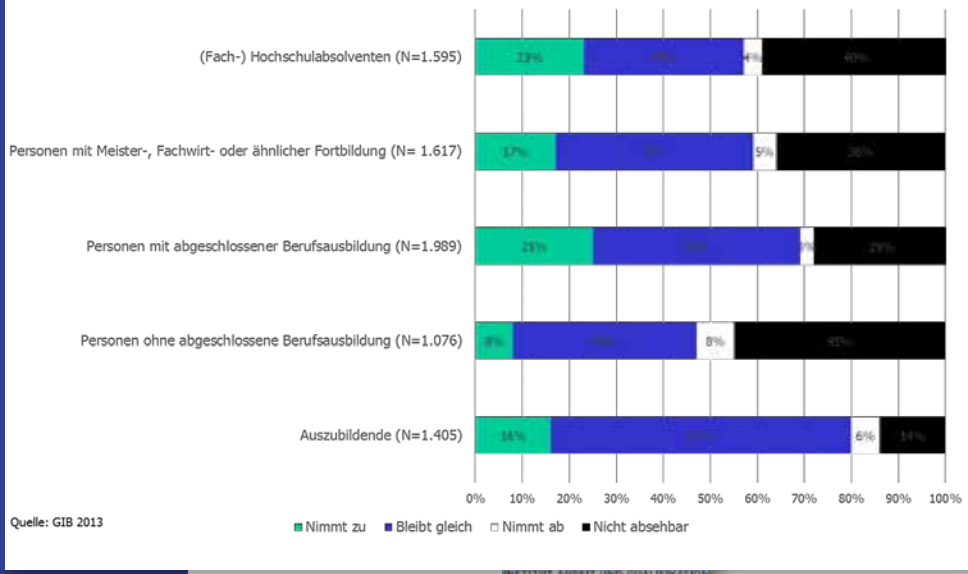
IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION



Quelle: BIBB- IAB: QqBe3. Welle

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION



UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Gliederung

- Akademisierung – einige Eckdaten
- Duale Berufsausbildung unter Druck
- Verknüpfung der Bildungswege

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

1. Europäisierung

Erklärungen von Bologna (1999) und Kopenhagen (2002) zur Entwicklung eines europäischen Bildungsraumes

Ziele: Modularisierung / Outputorientierung / Vergleichbarkeit

EQR / DQR / ECVET

Problem: Berufsprinzip der dualen Berufsausbildung

Wichtig: Gleichwertig nicht Gleichartig

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

2. Deutsche Bildungspolitik

forciert die Akademisierung als Folge der Europäisierung

Studierendenquote im internationalen Vergleich gering

Steigerung auf 50 % eines Altersjahrgangs war erklärtes Ziel der Bundesregierung

wurde forciert betrieben – Ausbau der Hochschullandschaft

In 2012 hatten ~ 52 % eines Altersjahrgangs die Hochschulzugangsberechtigung (Bildungsbericht 2014)

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Europa als Vergleichsfolie?

=> spezifische Verhältnisse in Deutschland
=> 55 % der 25-64jährigen Deutschen erlangen einen Berufsabschluss im (post)sekundären Bereich (OECD 33%)
=> jeder vierte Auszubildende hatte in 2013 ein (Fach)abitur (2009 jeder Fünfte)
=> Berufsbildung nicht nur für schwache Schulabsolventen wie im Ausland
=> Berufsausbildungssystem in Deutschland auf relativ hohem Wissensniveau entwickelt
=> Berufsausbildung in Deutschland <=> Studium im Ausland
=> Folge ist unterwertige Beschäftigung

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Europa als Vergleichsfolie?

=> duale Berufsausbildung als zentraler Faktor zur Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit

> Auszubildende betrieblich sozialisiert (fachlich/sozial)

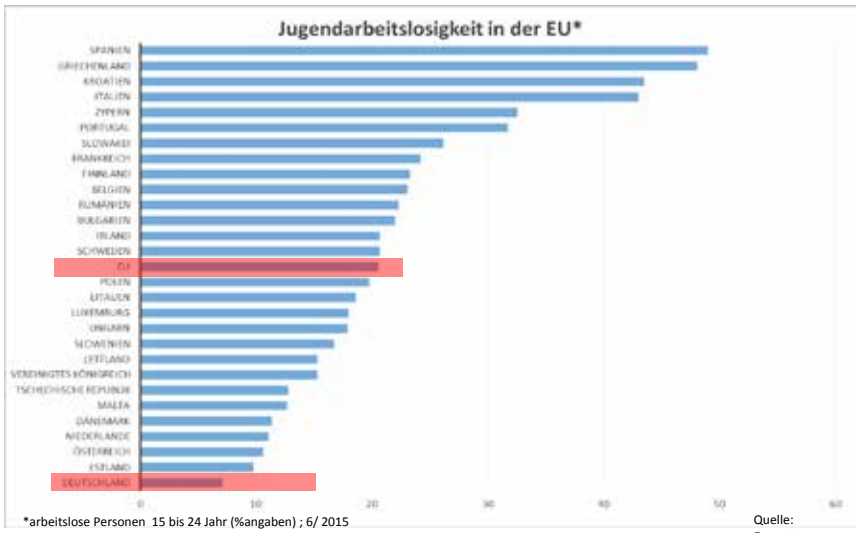
> Übernahme durch Sozialpartner geregelt

> geringe Transferkosten an der 2.Schwelle

=> Exportschlager in der EU und darüber hinaus

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION



*arbeitslose Personen 15 bis 24 Jahr (%angaben) ; 6/ 2015

Quelle: Eurostat

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

3. Nachfrage der studienberechtigten Jugendlichen

Attraktivitätsverlust der Berufsbildung bei den Jugendlichen und ihren Eltern beim Übergang Schule – Beruf / Studium

Abwanderung in tertiären Bereich mit dem Ziel einer Erhöhung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt / Karriereorientierung

=> Erwerbslosenquote 2012 der 25 bis 64Jährigen

Abschluss unterhalb Sekundärsektors	13%
Abschluss Sekundär /Postsekundärsektor	5%
Abschluss tertiärer Sektor	2%

=> durchschnittlicher Verdienstvorsprung

Abschluss tertiär <=> sekundär / postsekundär

2000 => D 45% OECD 51%

2012 => D 74% OECD 59%

Quelle: OECD 2014

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Nachfrage der studienberechtigten Jugendlichen

Orientierung am vermeintlich veränderten Einstellungsverhalten der Betriebe

Problem adäquate Bewerber zu finden / Fachkräftemangel

Positive Reaktion auf das wachsende Angebot von Bewerbern mit Hochschulqualifikation

Berufswelt verändert sich: oberer Rand des sekundären Qualifikationsniveaus und unterer Rand des tertiären Niveaus wachsen zusammen

=> Überschneidungen, auch Verdrängung?

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

4. Personalpolitik der Betriebe

=> Verdrängungswettbewerb zwischen Facharbeit und Bachelor?

Drexel (2012): Betriebe besetzen mittlere Führungsebene verstärkt mit Akademikern => Neustrukturierung der Tätigkeitsprofile; Substitution

Franz/Voss-Dahm (2011): knapp 2/3 der Führungskräfte haben einen akademischen Abschluss; gut 50% verfügen über einen Abschluss aus dem beruflichen Bildungssystem; Doppelqualifikation nimmt zu

BIBB (2011): Zunahme an Akademikern führt nicht zur Verdrängung beruflich Qualifizierter => Betriebe verknüpfen Vorteile beruflich-betrieblicher und akademischer Ausbildung

Institut der deutschen Wirtschaft (2010): parellele Laufbahnen und Tätigkeiten in den Unternehmen; Berufe am oberen Rand des Leistungsspektrums von beruflich Ausgebildeten rücken näher an das Hochschulsystem => Tätigkeitsüberschneidungen

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Zwischenfazit

=> Berufsbildungssystem in Deutschland bildet auf sehr hohem Niveau aus

=> Qualifikationstyp der dualen Ausbildung wird es weiter geben und ihre Absolventen werden vom Arbeitsmarkt aufgenommen

=> Expertenprognose / Anforderungen an Qualifikation

=> Berufliches Ausbildungssystem muss sich weiterentwickeln, um den Anforderungen der qualifizierten Facharbeit gerecht zu werden

=> Modernisierung der Berufsbilder als Voraussetzung für Reputation

=> Attraktivität der beruflichen Bildung steigern durch Anschlussfähigkeit – Perspektiven schaffen – eigenes Profil betonen – keine Sackgasse

=> Gleichwertigkeit bei Andersartigkeit => Übergänge schaffen

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Zwischenfazit

Alternative ist nicht die pauschale Akademisierung der Ausbildungsberufe => negative Beispiele im europäischen Ausland

=> jeden Beruf/Berufsfeld einzeln prüfen

Königsweg liegt in der Verknüpfung der Bildungswege

Ziel: Kombination von starkem Berufsbildungs- und Hochschulsystem

Relevanz des dritten Bildungstyps => =>

Anteil Studierender mit abgeschlossener Berufsausbildung (Frank/Heister/Walden 2015)

	1991	2013
gesamt	30 %	22 %
FH	59 %	42 %
Uni	24 %	13 %

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Bildungstypen

	Beruflich-betrieblicher Bildungstyp	Akademischer Bildungstyp	*Beruflich-akademischer Bildungstyp*
Dualität	Synchrone Dualität	Sequenzielle Dualität	*Synchrone Dualität*
Kompetenzentwicklung	Erfahrungsbasierte Kompetenzentwicklung im Zusammenhang mit schulischen Lehr- und Lernprozessen	(hoch)schulische Lehr- und Lernprozesse getrennt von betrieblichen Erfahrungen	*(hoch)schulische Lehr- und Lernprozesse im Kontext betrieblicher Erfahrungen*
Ziel	Berufsfähigkeit	technisches / wissenschaftliches Wissen	*Berufsfähigkeit und wissenschaftliches Wissen*
Übergangsmodus	Rollenwechsel vom Auszubildenden zur Erwerbsperson erfolgt stufenweise und begleitet	betriebliche Rekrutierung und Einarbeitung	*Übergang von Ausbildung / Studium zur Erwerbstätigkeit erfolgt stufenweise und begleitet*
Bezugssystem	Berufliche Praxis, Arbeitsprozesse	Wissenschaft und Technik	*betriebliche Arbeitsprozesse und Wissenschaft / Technik*

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Gliederung

- Akademisierung – einige Eckdaten
- Duale Berufsausbildung unter Druck
- Verknüpfung der Bildungswege

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Perspektive - Verknüpfung der Bildungswege

=> mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungssektoren in beide Richtungen

=> Anrechnung von Leistungen und Abschlüssen

=> Voraussetzung: Annäherung und gegenseitige Wertschätzung

=> Umsetzung: neue hybride Formen

=> Duales Studium

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Das duale Studium

Als dualer Studiengang wird ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie mit integrierter Berufsausbildung bzw. Praxisphasen in einem Unternehmen bezeichnet.

Positionspapier Wissenschaftsrat 2013:

'Die Dualität als Verbindung und Abstimmung von mindestens zwei Lernorten sowie die Verfasstheit als wissenschaftliches bzw. wissenschaftsbezogenes Studium (sind) die konstituierenden Wesensmerkmale dieses Ausbildungsformates'

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Systematisierung der Formen dualer Studiengänge

Quelle: www.ausbildungplus.de; eigene Darstellung

	ausbildungs-integrierend	praxis-integrierend	berufs-integrierend	berufs-begleitend
Bildungsstufe	Erstausbildung	Erstausbildung	Weiterbildung	Weiterbildung
Zugangs-qualifikation	Fach- bzw. Hochschulreife	Fach- bzw. Hochschulreife	Berufsausbildung oder berufliche Weiterbildung und Berufserfahrung; Fach- bzw. Hochschulreife nicht explizit erforderlich	Fach- bzw. Hochschulreife; ggf. Berufsausbildung und Berufserfahrung
Betriebliche Integration	Ausbildungsvertrag	Praktikanten-, Volontariats- oder (Teilzeit-) Arbeitsvertrag	(Teilzeit-) Arbeitsvertrag *(Betrieb gewährt Freistellungen)*	Arbeitsvertrag *(Betrieb gewährt Freistellungen)*
Curriculares Konzept	inhaltliche und zeitliche Verzahnung von Ausbildung und Studium	inhaltliche Bezüge zwischen betrieblicher Praxis und Studium	inhaltliche Bezüge zwischen betrieblicher Praxis und Studium	Hochschulstudium
Bildungsabschluss	Ausbildungsberuf, Bachelor bzw. Master	Bachelor	Bachelor (und ggf. Weiterbildungsab-schluss)	Bachelor oder Master
Ausbildungs- bzw. Studienzeit	3 – 5 Jahre	3 Jahre	ca. 3 Jahre	ca. 3 – 5 Jahre

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

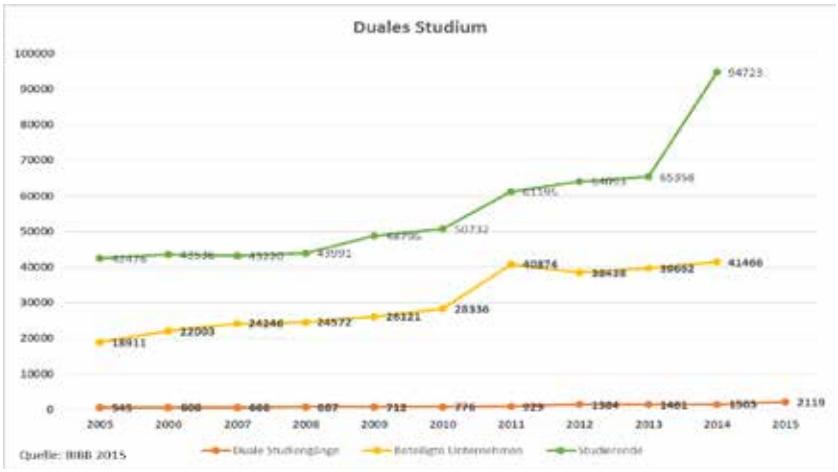
Formen dualer Studiengänge 2013

Quelle: BIBB: AusbildungPlus in Zahlen , 2014

	Anzahl der Angebote	
ausbildungs-integrierend	445	Angebote der beruflichen Erstausbildung
praxisintegrierend	508	
berufsintegrierend	2	Angebote der beruflichen Weiterbildung
berufsbegleitend	435	

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

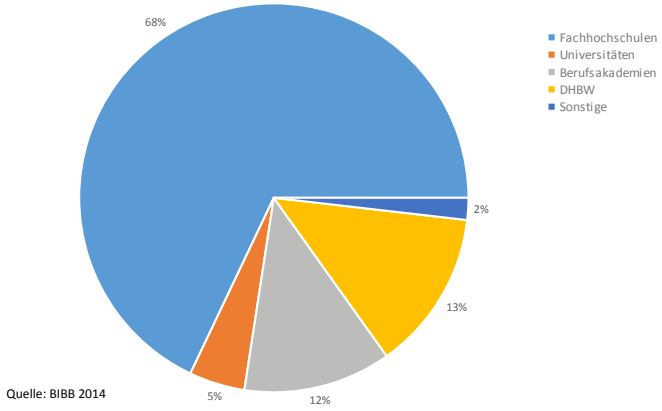
IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION



UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

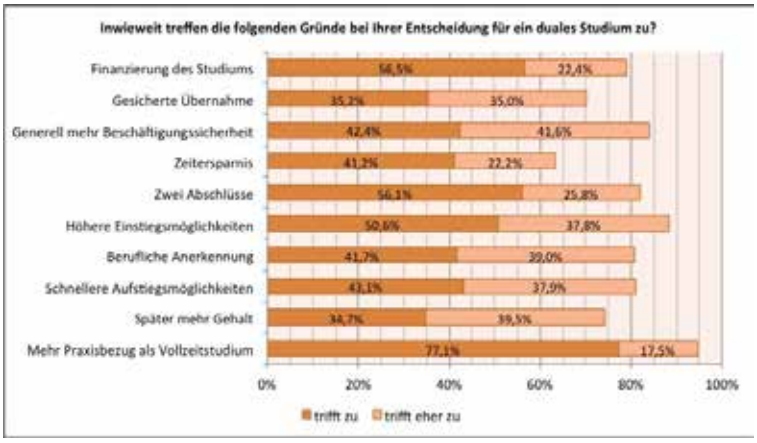
Anbieter dualer Studiengänge 2014



Quelle: BIBB 2014

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Quelle: IAQ-Befragung 2011/12



UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Verknüpfung der Lernorte

Im dualen Studium ist die Idealvorstellung einer Verknüpfung von zwei, bisher in Deutschland starr voneinander getrennten Bildungssystemen umgesetzt.

Damit ist ein hohes Maß an Durchlässigkeit zwischen zwei 'Säulen des Bildungssystems' erreicht.

Problem: Kooperations- und Partizipationsstrukturen sehr unterschiedlich - mangelnde Qualiätsstandards

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Gremienstrukturen - Lernortkooperationen

Verknüpfung der Bildungssysteme Berufsbildung und Hochschulbildung per Definition

Verknüpfung von Lernorten und Lernfeldern

Umsetzung abhängig von Organisation und Partizipationsstrukturen

Gremien, Netzwerkstrukturen und klare Zuständigkeiten als Erfolgsfaktoren

Die Veranstaltung (Beirat) ist immer sehr gut besucht und alle Unternehmen, die das machen, sind am Tisch und da tauschen wir uns aus über Probleme,..., an der FH, über Probleme, die es gibt während der Ausbildung, in den Berufsschulen, wo es hakt. Also da sitzen Schulen, Unternehmen, FH..und auch die IHK sitzt mit am Tisch... (Fall A, Betrieb C)

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Studienmodelle – Lernortkooperation

Wir differenzieren in drei Modellformen der Organisation dualer Studiengänge, die sich in der Verzahnung von Theorie und Praxis unterscheiden:

Blockmodell: *Modell, in dem in größeren Zeitabständen die Lernorte gewechselt werden u. der Unterricht in Blöcken organisiert wird.*

integriertes Modell: *Modell, in dem von Anfang an ein permanenter Wechsel der Lernorte innerhalb einer Woche vollzogen wird.*

teilsepariertes Modell: *Modell, in dem das 1. Jahr ausschließlich im Betrieb stattfindet u. auch im weiteren Verlauf ein eher getrennter Studien- und Ausbildungsablauf*

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Studienmodelle – Lernortkooperation

Blockmodell

Konzentration und Vertiefung; mangelnder Bezug der Lerninhalte

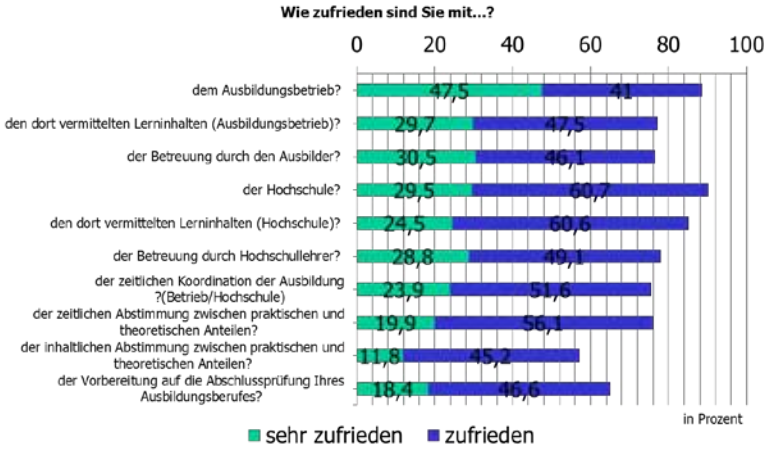
Integriertes Modell

Kontinuierlicher Austausch zwischen den Lernorten und – feldern; mangelnde Vertiefung der Lerninhalte

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

IAQ-Befragung 2011/12



IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Erfahrungen in der Berufsausbildung / den Praxisphasen

Quelle: IAQ-Online-Befragung 2015

	sehr gut / gut	befriedigend / ausreichend	mangelhaft / ungenügend
Freistellungsmöglichkeit für studienbezogene Lernzeiten	61,60%	27,30%	11,10%
Einsatz entsprechend meiner Fähigkeiten und Studienkenntnisse	55,50%	35,10%	9,40%
Zeitliche Abstimmung zwischen den Lernorten, z.B. bei Prüfungsterminen	72,00%	23,00%	5,00%
Inhaltliche Abstimmung von Theorie- und Praxisteilen	41,20%	46,10%	12,& %

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Handlungsbedarf

Transparenz

Qualitätsstandards

Verknüpfung der Lernorte und -inhalte

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

IAQ INSTITUT ARBEIT UND QUALIFIKATION

Ausblick

=> trotz bestehender Probleme der hybriden Bildungsangebote => Kooperation zwischen sehr unterschiedlich strukturierten Bildungssegmenten im dualen Studium gelungen

=> Beitrag zur Tertiarisierung der Berufsbildung / Berufswelt

=> Verknüpfung der Lern**inhalte** und Lern**orte**

=> Dualität auf tertiären Niveau

=> Transfer der Erfolgsfaktoren der dualen Berufsausbildung

=> Mut zum 'deutschen Weg'

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt: sirikit.krone@uni-due.de

Beruflichkeit neu denken – ein Leitbild in der Diskussion

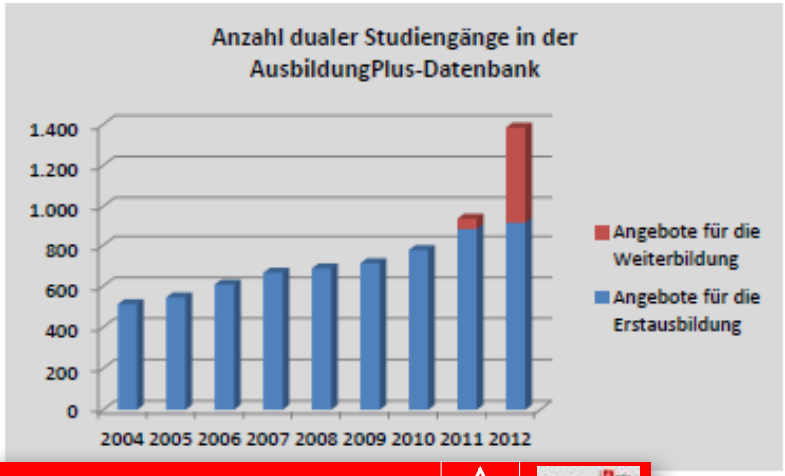
// Präsentation von Thomas Ressel, IG Metall-Vorstand, Frankfurt am Main //

Herausforderungen

| Vorstand
Ressort Bildungs- und
Qualifizierungspolitik

Herausforderungen

| Vorstand
Ressort Bildungs- und
Qualifizierungspolitik



Herausforderungen

| Vorstand
Ressort Bildungs- und
Qualifizierungspolitik

- **Digitalisierung der Arbeitswelt – Arbeitsorganisation wird sich ändern**

Beruflichkeit hat Zukunft

Vorstand
Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik

Berufsbildung 1.0
Traditionelle Beruflichkeit
Lebensberuf

Berufsbildung 2.0
Spezialisierte Beruflichkeit
Spezialisierung in Fachrichtungen, gemeinsame Grundbildung

Berufsbildung 3.0
Prozessorientierte Beruflichkeit
Selbständiges verantwortliches Handeln in Prozessen

Berufsbildung 4.0
Erweiterte Beruflichkeit
Erfahrungs- und Wissenschaftsorientierung in der digitalisierten Arbeitswelt

Erweiterte moderne Beruflichkeit als Bildungskonzept

Vorstand
Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik

15 Qualitätsmaßstäbe: Berufliches Lernen …

- orientiert sich an Arbeits- und Geschäftsprozessen
- erfordert eine fachlich breite Qualifikation
- geschieht durch die Bewältigung von (berufstypische) Aufgaben
- vermittelt Wissen, Handlungsfähigkeit und ermöglicht praktische Erfahrung
- ist Bildung
- ist soziales Lernen
- ist entdeckendes und forschendes Lernen
- zielt auf die Reflexion und Gestaltung von Arbeit
- fördert und entwickelt Identität
- umfasst die Reflexion und Gestaltung von Lern- und Berufswegen
- bereitet auf die Berufsrolle vor
- hat unterschiedliche Lernorte
- verknüpft Erfahrungs- und Wissenschaftsorientierung
- zielt auf ein besonderes Theorie- Praxis-Verhältnis
- schließt niemanden aus

Handlungsfolgerungen der IG Metall

Vorstand
Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik

Beispiele Bildungs- und Berufsbildungspolitik

- Studiengänge und wissenschaftliche Weiterbildung mitgestalten
- duale und berufsbegleitende Studiengänge mitgestalten
- Studienorientierung in den Ausbildungsordnungen berücksichtigen
- beruflich und hochschulisch erworbene Kompetenzen wechselweise anerkennen und anrechnen
- berufliche Aufstiegsfortbildung als gleichberechtigte Alternative zum Studium ausbauen
- den zweiten und dritten Bildungsweg stärken

Handlungsfolgerungen der IG Metall

Vorstand
Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik

Beispiele Arbeits-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

- Mit unterwertigen Arbeitseinsatz auseinanderzusetzen (Beruf als Standard)
- Arbeitsorganisation, neue Technologien und Produktionskonzepte mitgestalten (z.B. Industrie 4.0)
- Zumutbarkeitsregeln reformieren

Beispiele Betriebs- und Tarifpolitik

- Qualifizierungstarifverträge weiterentwickeln
- Gleichberechtigte innerbetriebliche Aufstiegswege für unterschiedliche Bildungswege (Verantwortung, Eingruppierung)

Handlungsfolgerungen der IG Metall

Vorstand
Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik

Beispiele Gesellschaftspolitik

- Konkurrenz zwischen betrieblich–dualer und hochschulischer Bildung entgegenwirken
- Weiterbildungsgesetz schaffen, inklusive Fortbildungs– und Studienfinanzierung
- Reform Berufsbildungsgesetz: Schnittstellen zwischen dualer Ausbildung und Studium besser gestalten, Mitbestimmung stärken, Qualitätssicherung stärken

Vorstand
Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik

„Arbeit als Beruf hat für alle Menschen gleichen Wert und gleiche Würde."

(BVerG 1979)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit !

GEW
Almut Paulsen

Beruflichkeit neu denken – ein Leitbild in der Diskussion

// Vortrag von Prof. Dr. Günter Kutscha, Universität Duisburg-Essen //

1. Vorbemerkungen: Aufbau und Thesen des Vortrags

Gegenstand meines Vortags ist das Konzept der „Erweiterten modernen Beruflichkeit“[1]. Es wurde vom IG Metall Vorstand (2014) als „Ein gemeinsames Leitbild für die betrieblich-duale und die hochschulische Berufsbildung“ zur Diskussion gestellt. Ich bin von den Veranstaltern der GEW Bundestagung „Akademisierung der beruflichen Bildung“ gebeten worden, dazu als wissenschaftlich beratendes Mitglied der für das Leitbild eingerichteten IG Metall-Projektgruppe Stellung zu nehmen.

Im ersten Schritt versuche ich, im Rekurs auf die Bildungsreformdebatte der 1960er/1970er Jahre und unter Bezugnahme auf die aktuelle Akademisierungsdiskussion, speziell auf die Auseinandersetzung um den vermeintlichen „Akademisierungswahn“ (Nida-Rümelin 2014), das Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit bildungspolitisch einzuordnen. Im zweiten Schritt wird das Leitbild aus Sicht der Veränderungen im Beschäftigungssystem und der modernen Beruflichkeit diskutiert.

Meine Ausführungen sind auf zwei bildungspolitische Zielschwerpunkte des Leitbilds fokussiert:

- auf Durchlässigkeit und Realisierung von Gleichwertigkeit
- und auf Verankerung von Beruflichkeit im Studium

Beide Ziele hängen eng miteinander zusammen. Ich vertrete folgende Thesen:

- Zahl und Anteil der studienberechtigten Schulabgänger(innen) in Deutschland sind unter dem Einfluss der Bildungsreformdebatte und -projekte seit Ende der 1960er/Anfang der 1970er rapide gestiegen, allerdings mit hohen Selektionseffekten der Bildungsexpansion zu Lasten sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen.
- Es besteht in der aktuellen bildungspolitischen Agenda weitgehend Konsens über die Forderung nach Gleichwertigkeit von studienbezogener und beruflicher Bildung, indes ist diese Forderung über politische Programme hinaus nur ansatzweise umgesetzt worden.
- Die Wirksamkeit des Gleichwertigkeitsprinzips hängt nicht allein von der Durchlässigkeit des Bildungssystems ab, sondern entscheidend davon, ob es gelingt, Beruflichkeit im Studium zu verankern.

2. Durchlässigkeit und Selektion im gegliederten Schulsystem – Was ist dran an der Rede vom „Bildungswahn“?

Erlauben Sie mir, mit einer berufsbiographischen Notiz zu beginnen: Als Bildungswissenschaftler bin ich nachhaltig von der Bildungsreformbewegung Anfang der 1970er Jahre geprägt worden. Maßgeblich dafür war meine Tätigkeit in der Wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchs Kollegstufe NRW unter der Leitung von Herwig Blankertz. Ich gehe kurz auf den Begründungsansatz dieses Versuchs ein, weil sich daran die bildungstheoretischen Prämissen der Forderung nach Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung deutlich machen lassen (vgl. Blankertz 1982; Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen 1972, 19 ff.). Der Kollegstufenversuch und die ihm zugrunde liegende Empfehlung im Auftrag des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums von 1972 stehen eng im Zusammenhang mit der Bildungsreformbewegung seit Mitte der 1960er Jahre. Damit verbinden sich Namen und Streitschriften wie die von Georg Picht (Die Deutsche Bildungskatastrophe, Olten-Freiburg 1964) und Ralf Dahrendorf (Bildung ist Bürgerrecht, Osnabrück 1965). Für die Reformbewegung (und auch für den Modellversuch Kollegstufe NW) einflussreich waren die Gutachten und Empfehlungen des Deutschen Bildungsrats, namentlich der „Strukturplan für das Bildungswesen“ (1970) und die Empfehlung „Zur Neuordnung der Sekundarstufe II – Konzept für eine Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen“ (1974).

Die dem Kollegstufenversuch zugrunde liegende bildungstheoretische Begründung von Herwig Blankertz, damals in den 1970er Jahren Professor für Pädagogik und Philosophie an der Westfälischen Wilhelms-Universität und Leiter der Wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchs Kollegstufe NW, lässt sich kurz wie folgt zusammenfassen: Allgemeinbildung könne überhaupt kein Gegensatz zur Berufsbildung sein. Versuche man Allgemeinbildung als solche – also in zweckfreier Bildung – zu gewinnen, erreiche man genau das Verkehrte dessen, was Ziel aller Pädagogik sein solle: nämlich Heranwachsende zu befähigen, ihr Leben selbstverantwortlich als mündige Bürger wahrzunehmen und zu gestalten. Allgemeine Lernziele wie die des vernünftigen und kritischen Denkens ließen sich auch in Verbindung mit beruflichen Inhalten vermitteln.

1 Wenn im Folgenden ohne Anführungszeichen von Leitbild oder erweiterter moderner Beruflichkeit die Rede ist, so ist damit immer das vom IG Metall Vorstand herausgegebene Dokument „Erweiterte moderne Beruflichkeit – Ein gemeinsames Leitbild für die betrieblich-duale und die hochschulische Berufsbildung“ (Frankfurt am Main 2014) gemeint.

Übertragen auf den Modellversuch Kollegstufe NW lautete die Reformdevise: „Bildung im Medium des Berufs“. Die technische und ökonomische Entwicklung stelle neue Qualifikationsanforderungen; als „Bildung“ – so die Empfehlungen der Planungskommission Kollegstufe NW (1972) – seien diese indessen nur zu bewältigen durch neue Formen der Verbindung wissenschaftsorientierten und beruflichen Lehrens und Lernens. Damit sollte zugleich das Prinzip der Chancengleichheit zur Geltung gebracht werden. Denn wenn der Erwerb beruflicher Qualifikationen mit ausbildungsadäquaten Formen wissenschaftsorientierten Lernens verbunden werde, könne damit zugleich auch die Studierfähigkeit erworben werden.

Der Modellversuch Kollegstufe NW wurde im Jahr 1997 nach zwanzigjähriger Versuchslaufzeit beendet; es gab zu diesem Zeitpunkt insgesamt 42 Kollegschulen mit über dreihundert berufsbildenden Schulen (zur Entwicklung des Modellversuchs Kollegstufe vgl. Fingerle 2009). Wichtige Elemente wie die der Durchlässigkeit beruflicher Schulen hin zur Hochschulreife und der Erprobung berufs und studienbezogener Bildungsgänge wurden und werden seither in den Berufskollegs des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen bzw. weiterentwickelt und neu initiiert. Dennoch: das eigentliche Ziel des Kollegstufenversuchs, nämlich die Integration von gymnasialer Oberstufe und beruflichen Schulen, wurde nicht erreicht bzw. unter dem Druck der politischen Rahmenbedingungen, zu denen auch die Vorgaben der Kultusministerkonferenz gehörten, fallengelassen. Auch der Integrationsansatz des Deutschen Bildungsrats war auf heftigen Widerstand gestoßen. Mit der Auflösung des Deutschen Bildungsrats im Jahr 1975 verlor die Reformagenda nach rund zehnjähriger Dauer einen ihrer wichtigsten Akteure. Es blieb in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland bei der Konstanthaltung der strukturellen Rahmenbedingungen des gegliederten Bildungssystems, allerdings bei gleichzeitiger Öffnung der Bildungswege. Bildungsreform beschränkte sich auf inkrementelle Veränderungen, auf „Kontinuität im Wandel“.

Das große Projekt der „Bildungsreform aus einem Guss“ war damit passé. Dies musste zu „paradoxen Effekten“ führen. Es war zu erwarten, dass Durchlässigkeit unter Beibehaltung des gegliederten Schulsystems und des damit verbundenen hierarchisierten Berechtigungs- und Zertifizierungssystems die Bildungsaspirationen in weiten Teilen der Bevölkerung erhöhen und zu einem starken Anstieg der Schüler(innen)zahlen in Bildungsgängen mit höherwertigen Abschlüssen führen würde. Unter dem Sog des Hochschulreifeprivilegs des Gymnasiums wuchs der Anteil der Schulabgänger mit studienqualifizierenden Abschlüssen kontinuierlich. Dies wird üblicherweise als „Bildungsexpansion“ bezeichnet. Was das mit „expansiver Bildung“ zu tun hat, muss allerdings mit einem Fragezeichen versehen werden (vgl. Bauer/Bolder/Bremer/ Dobischat/Kutscha 2014).

Zu konstatieren ist, dass eine erhöhte Durchlässigkeit des Bildungswesens seit den 1970er Jahren stattgefunden hat. So sind Zahl und Anteil der studienberechtigten Schulabgänger(innen) in Deutschland seit 1970 rapide gestiegen. Damals lag dieser Anteil bei rund 11 Prozent, im Jahr 2011 um mehr als das Fünffache bei 57 Prozent der Schulabgänger(innen) eines Jahrgangs (Expertenkommission Forschung und Innovation – EFI 2014, 146).

Zugleich führte diese Entwicklung zu einer dramatischen Abwertung der Bildungsgänge mit niedrigeren Abschlüssen. Die Schulabsolventen mit Hauptschulabschluss waren die Modernisierungsverlierer der so genannten Bildungsexpansion. Als Quintessens lässt sich mit Baethge/Wieck (2015, 5) festhalten, „dass Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss nur noch ein begrenztes Spektrum an Berufen offen steht.“ Dem dualen Ausbildungssystem drohe, eine seiner großen Stärken einzubüßen, nämlich: Jugendlichen aus den sozial benachteiligten Schichten eine gute berufliche Perspektive zu bieten.

Die Bildungsexpansion hat ein ambivalentes Ergebnis produziert: Sie hat im Durchschnitt die Bildungsniveaus aller Schichten verbessert, ohne gleichzeitig gravierende herkunftsbedingte Ungleichheiten zu beseitigen (vgl. Hopf 2014; Klemm 2014). Gymnasien werden nach dem Datenreport des Statistischen Bundesamts u .a. (2013, 90) hauptsächlich von Kindern besucht, deren Eltern Abitur oder Fachhochschulreife aufweisen (61 Prozent). Nur 10 Prozent der Gymnasiasten wuchsen 2011 in Familien auf, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss als höchsten allgemeinen oder gar keinen Schulabschluss besaßen. Die neueren Befunde herkunftsbedingter sozialer Ungleichheit bei der Bildungsbeteiligung deuten darauf hin, dass auch die inzwischen eingeleiteten Maßnahmen der aktuellen Schulentwicklung kaum erwarten lassen, „dass es in Deutschlands Schulen künftig leistungsgerechter zugehen wird“ (Klemm 2014, 142).

Demgegenüber bleibt der Trend zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und zum Hochschulzugang ungebrochen. Diese Entwicklung ist nicht – wie der psychiatrisch anmutende Ausdruck „Akademisierungswahn“ (Nida-Rümelin 2014) suggeriert – Ausdruck eines irrationalen Massentrends oder eines „pathologischen Wahnphänomens“ (Wolter 2015, 8), sondern Konsequenz einer der institutionellen Strukturlogik der Bildungsreform geschuldeten Eigendynamik (Kutscha 2015). Ein Befund, den Kritiker des hierarchisch gegliederten Bildungssystems schon frühzeitig voraussahen: „Jede Maßnahme“, so

Blankertz (1982, 336), „die die Abgrenzungen hervorhebt und sichert, die den getrennten Bildungswegen ihre sozialschichtspezifischen Charakteristika aufdrückt, vermehrt den Sog, den die Gymnasien auf die Angehörigen des neuen Mittelstandes ausüben."

Wie sich das quantitative Verhältnis von Auszubildenden und Studierenden in den nächsten Jahren entwickeln wird und – speziell – ob und in welcher Weise davon der Bestand des dualen Ausbildungssystems bedroht ist, bleibt ungeklärt und ist unter Experten der Arbeitsmarkt und Berufsforschung höchst umstritten. Ebenso ungeklärt sind die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, besser gesagt: in den unterschiedlichen sektoralen und regionalen Arbeitsmarktsegmenten. Nur in einem Punkt sind sich die Experten einig: Die ohnehin geringen Chancen Jugendlicher ohne Schul- und Berufsabschluss werden sich weiterhin verschlechtern; Tätigkeiten für einfach qualifizierte Arbeitskräfte werden drastisch reduziert. Abgesehen davon, dass die demografischen Entwicklungen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland höchst unterschiedlich verlaufen, lassen sich aus den aktuellen Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) und des Bundessinstituts für Berufsbildung (BIBB) für den Zeitraum bis 2030 bundesweit keine eindeutigen Aussagen über Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt in Abhängigkeit von erworbenen Bildungsabschlüssen begründen. Treten Engpässe oder Überhänge über einen längeren Zeitraum auf, so die Experten der Arbeitsmarkt- und Berufs(bildungs)forschung, würden sowohl auf der Arbeitsangebots- als auch auf der Arbeitsnachfrageseite Anpassungsreaktionen erfolgen, die heute in ihren jeweiligen Ausprägungen nicht absehbar seien und somit auch nicht bzw. nur unter speziellen Annahmen modelliert werden könnten (vgl. Zika/Maier/Hummel/Helmrich 2015). Unabsehbar sind darüber hinaus die Entwicklungen der Einwanderungspolitik und deren Effekte sowohl für das Beschäftigungs- als auch für das Bildungssystem.

Aus ökonomischer Sicht wird gegen die Akademikerwahn-Thesen von Nida-Rümelin eingewendet: "Statt bildungshungrige Jugendliche mit dem „Wahnbild" des vermeintlichen „Akademikerwahns" zu verschrecken, sollten die Betriebe also gute – auch nicht-akademische – Bildung entsprechend entlohnen" (Wößmann 2013, 19). Damit zeigten dann die marktwirtschaftlichen Lohnsignale, wo wirklich der höhere Bedarf bestehe. Mit steigenden Facharbeiterlöhnen würden sich bei funktionierenden Ausbildungs- und Arbeitsmärkten auch wieder mehr Menschen für einen Ausbildungsberuf entscheiden.
In der Tat: Bildungspolitische Sachverhalte und Effekte lassen sich nicht unabhängig von marktökonomischen, beschäftigungs- und tarifpolitischen Entwicklungen beurteilen. Das Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit reklamiert deshalb zu Recht Bildungsreformen „aus einem Guss" unter Berücksichtigung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie die Betriebs- und Tarifpolitik. Damit geht das Leitbild in einem entscheidenden Punkt über die hier erwähnten Reformkonzepte des Deutschen Bildungsrats bzw. des Kollegstufenversuchs NW hinaus. Die erforderlichen Veränderungen im Hochschulbereich und Konsequenzen für den Zusammenhang von Bildungs- und Beschäftigungspolitik blieben damals unberücksichtigt.

3. Moderne Beruflichkeit und das Leitbild der „Erweiterten modernen Beruflichkeit" als Herausforderung an die Hochschulreform

Die Akzente der bildungspolitischen Diskussion um Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit haben sich gegenüber den früheren Reformdebatten, von denen hier die Rede war, deutlich verschoben (vgl. Georg 2008). Das hängt ganz wesentlich mit den Veränderungen zusammen, die das Berufskonzept im Rahmen des dualen Ausbildungssystems und die Anforderungen an Beruflichkeit im Beschäftigungssystem während der vergangenen Jahrzehnte zu verzeichnen hatten.

Um diese These im Hinblick auf das Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit näher zu begründen bzw. zu erläutern, ist ein Blick auf die Veränderungen der beruflichen Bildung und der Anforderungen an Beruflichkeit im Beschäftigungssystem hilfreich. Es ist schwierig und problematisch, angesichts der unterschiedlichen Entwicklungen von Handwerk, Handel und Industrie in Deutschland von einem übergeordneten Berufskonzept zu sprechen. Ich beschränke mich auf eine geläufige Typologie der Industrialisierung, um daran einige wichtige Spezifitäten des Berufs in Abhängigkeit von historisch geprägten Arbeits- bzw. Produktionsbedingungen zu verdeutlichen. Schematisiert lassen sich im deutschen Bereich vier Industrialisierungswellen unterscheiden:

- Im Verlauf der ersten Industrialisierung (seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts) entstanden unter Einsatz dampfkraftgetriebener Maschinen völlig neue Formen der Erwerbstätig. Sie sind – anders als Dauerberufe in der Tradition des zünftigen Handwerks – nicht auf beruflich geregelte Qualifikationsstandards fixiert, sondern – was das industrielle Proletariat betrifft – auf Jedermanns- und Anlerntätigkeiten reduziert. Typische Merkmale dieser Phase: Aufbau der „großen Industrie", einerseits Ersatz und andererseits Ausbeutung menschlicher Muskelkraft durch maschinelle Produktion.

- Das änderte sich mit dem zweiten Industrialisierungsschub in Deutschland (seit Ende des 19. Jahrhunderts). Insbesondere der Einsatz elektrischer Energie (z.B. Entwicklung von Elektromotoren als industrielle Antriebsmaschinen) und davon abhängig die Einführung komplexerer Maschinen- und Arbeitsorganisationssysteme beanspruchten einen höheren Bestand an qualifizierten Fachkräften. Für deren Ausbildung entwickelte die Industrie in Deutschland seit Anfang des 20. Jahrhunderts eigene industrielle Lehr- und Anlernberufe; sie waren durch eine Vielzahl hochspezialisierter Einzelberufe charakterisiert. Typische Merkmale dieser Phase: Automatisierung der Produktion, Ausdifferenzierung von Lehrberufen für industrielle Facharbeiter und Anlernberufen für Routinetätigkeiten (u.a. Arbeiten am Fließband).

- Seit Mitte der 1980er Jahre vollzog sich im Zuge der dritten Industrialisierung, charakterisiert durch den Einzug computergestützter Produktionsmittel (z.B. Einführung von CNC-Maschinen und Personalcomputern), eine Transformation des Berufskonzepts orientiert am Leitbild des selbständig handelnden Facharbeiters. Anlernberufe für einfach qualifizierte Fließbandtätigkeiten verloren an Bedeutung; die Zahl der Ausbildungsberufe wurde erheblich reduziert und in Form hochqualifizierter Kernberufe zusammengefasst, so im Fall der neugeordneten Elektro- und Metallberufe. Typische Merkmale dieser Phase: Einführung neuer Produktionskonzepte, computergestützte Automatisierung der Steuerung und Regelung von Produktionsprozessen, Abflachung der Hierarchiestrukturen in der betrieblichen Arbeitsorganisation, Gruppenarbeit (vgl. Kern/Schumann 1984).

- Die vierte Industrialisierungswelle wird in der aktuellen Diskussion mit dem Label „Industrie 4.0“ etikettiert. Sie steht derzeit im Fokus bildungs-, beschäftigungs- und sozialpolitischer Diskussionen, wobei Bezeichnungsvarianten wie zum Beispiel „Arbeit 4.0“ darauf hindeuten, dass von der Digitalisierung nicht nur die industrielle Produktion betroffen ist, sondern dass es sich bei der Digitaltechnik um eine Basistechnologie mit exponentieller Ausbreitung handelt (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2014; Hirsch-Kreinsen, Ittermann, Niehaus 2015). Das Idealmodell für Industrie 4.0 ist die „intelligente Fabrik“. Smart Factory, Internet der Dinge, Digitalisierung und vieles andere sind Begriffe, mit denen versucht wird zu beschreiben, in welche Richtung sich die Industrie, aber auch die anderen Wirtschaftsbereiche (einschließlich Handel und Handwerk) unter dem Einfluss des Internets zu einem System lückenloser Vernetzung entwickeln werden. Schwerpunkt beim Industrial Internet liegt auf der Vernetzung und Überwachung von Maschinen und Geräten auch jenseits der eigenen Produktionswerkshallen, zum Beispiel in Form des nahtlosen Zugriffs auf die kaufmännischen Managementsysteme (ERP) oder bei der Entwicklung neuer Service- und Betreibermodelle. „Industrie 4.0 beschränkt sich nicht nur auf technische Veränderungen. Viel gravierender sind Auswirkungen der Digitalisierung auf die Geschäftsmodelle“ (Waser 2015, 16). Damit treibe die Digitaltechnik letztlich die wirtschaftliche Entwicklung in allen Sektoren voran. Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee, Digitalforscher am renommierten Massachusetts Institute of Technologie (MIT), vertreten die Grundthese: Die digitalen Technologien (Hardware, Software und Netzwerke) breiten sich bei erhöhter Leistungsfähigkeit und Senkung der Kosten rasant aus und zielen insbesondere darauf ab, kognitive Arbeit zu automatisieren (statt Muskelkraft zu substituieren wie beim Einsatz von Maschinen der frühen Industrialisierung). Welche Konsequenzen diese Entwicklung für den Arbeitsmarkt und für die Veränderung der Qualifikationsprofile in den unterschiedlichen Wirtschaftssektoren haben wird, wird in der einschlägigen Literatur und

unter Experten höchst kontrovers diskutiert, was nicht zuletzt der völlig unzureichenden empirischen Datenbasis geschuldet ist (zum Qualifikationsdiskurs vgl. Pfeiffer 2015). Typische Merkmale dieser Phase: Systemische Digitalisierung in Form der Vernetzung von Produktionsabläufen mit administrativen, kaufmännischen und logistischen Dienstleistungen sowie Zulieferer- und Kundeninteraktionen, Automatisierung (nicht kreativer) kognitiver Arbeit.

Der Begriff „Moderne Beruflichkeit" wurde hierzulande in der Fachdiskussion bislang mit der dritten Industrialisierung und der durch sie notwendig gewordenen Neuordnung der industriellen Ausbildungsberufe in Verbindung gebracht. Er beschränkt sich jedoch nicht darauf. Kern der neuen Ordnungspolitik ist das Konzept der „offenen dynamischen Beruflichkeit" (vgl. Sauter 2003, 74 ff.). Bis Mitte der 1980er Jahre gab es nur wenige Möglichkeiten, Ausbildungsberufe flexibel zu gestalten. Inzwischen sind im Zusammenhang mit der Neuordnung und Modernisierung von Ausbildungsberufen vielfältige Differenzierungs- und Flexibilisierungskonzepte entwickelt worden (vgl. Bretschneider, Schwarz 2015). Hinzu tritt die Gestaltungsoffenheit der Berufsbilder, wie sie zum Beispiel im Fall der IT-Berufe in die Ausbildungsordnungen integriert wurde. Modernisierung der Berufsausbildung vollzieht sich hierbei nicht als „Ende des Berufs", wie es in einer immer wieder zitierten Serie des Stern-Reports aus dem Jahre 1963 hieß, sondern auf dem Entwicklungspfad moderner Beruflichkeit im Sinne der Anpassung an die Dynamik globalisierter Märkte, wissenschaftsbasierter Technologien und kurzfristiger Innovationszyklen (Kutscha 1992). Beruflichkeit steht hierbei für den Bezug der Berufsausbildung auf qualifizierte Arbeitsanforderungen und gute Arbeit, insbesondere für die Fähigkeit und Bereitschaft, komplexe Geschäfts- und Arbeitsprozesse gedanklich erfassen, fachlich kompetent und verantwortlich gestalten zu können.

Das alles mag in dieser Verallgemeinerung und hinsichtlich der Arbeitsrealität differenzierungsbedürftig sein. Unzweifelhaft aber ließen sich unter den hier skizzierten Rahmenbedingungen Qualitätsverbesserungen durchsetzen, die es rechtfertigen, die berufliche Aus- und Fortbildung im internationalen Vergleich partiell auch mit akademischen Leistungen zu vergleichen (vgl. Rauner 2012). Wesentlich scheint zu sein, dass hierzulande unter dem Begriff „Berufsbildung" und den ihm zugeschriebenen Funktionen – wie etwa die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und umfassenden Handlungskompetenzen – betrieblich organisierte und schulisch unterstützte Lernprozesse intendiert werden, die dem Anspruch von „Bildung" in der Ideenformierung der Aufklärung und des neuhumanistischen Reformprojekts zumindest in dem Punkt nahekommen, der auf die Entwicklung individueller Autonomie und Verantwortung sowie auf das „Lernen des Lernens", wie es Wilhelm von Humboldt explizit formulierte, abzielt.

Das war zur Zeit der von mir geschilderten Reformphase Anfang der 1970er Jahre nur in Ansätzen absehbar. Die Reformperspektive unter dem Anspruch von Chancengleichheit und der zunehmenden Verwissenschaftlichung aller Lebensbereiche war gewissermaßen geprägt von einer Defizit- und Kompensationshypothese: Angesichts der damals vorherrschenden Mängel des Lehrlingswesens galt die Berufsausbildung im Vergleich zur studienbezogenen Bildung als defizitär, als nicht „gleichwertig". Die Reformpläne zielten darauf ab, Gleichwertigkeit durch Wissenschaftsorientierung allen Lehrens und Lernens überhaupt erst herzustellen, und zwar mit den Mitteln und Möglichkeiten schulisch organisierten Unterrichts. Der Deutsche Bildungsrat fasste diesen Ansatz kurz und bündig in der Formel zusammen: „Die Bedingungen des Lebens in der modernen Gesellschaft erfordern, dass die Lehr- und Lernprozesse wissenschaftsorientiert sind" (Deutscher Bildungsrat 1970, 33). Nur in weitgehender Verknüpfung mit den studienbezogenen Lehrgängen sei sicherzustellen, dass die Tendenz des beruflichen Unterrichts, von der bloßen Benennung und Klassifizierung der Werkregeln zur Orientierung an wissenschaftlichen Methoden überzugehen, auch die Befähigung und Berechtigung zum Studium sicherzustellen sei. Das war zu damaliger Zeit nicht Realität, sondern Blick in die Zukunft.

Die inzwischen vollzogene Modernisierung der Berufsausbildung hat die bildungspolitische Diskussion gewissermaßen eingeholt oder sogar überholt. Sie hat mit dem hohen Niveau der Qualifikationsanforderungen aus sich heraus die Voraussetzungen für Gleichwertigkeit geschaffen. Bildungspolitische Postulate folgten einem Trend, der das „deutsche Bildungs-Schisma" (Baethge 2006) von beruflicher und studienbezogener Bildung hat obsolet werden lassen, obwohl seine Spuren im Bildungsbereich noch deutlich hervortreten. Ob und inwieweit Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit wirksam werden und sich in einer deutlich erhöhten Quote Studierender mit beruflicher Aus- und Fortbildung und beruflicher Erfahrung ohne Abiturzeugnis der gymnasialen Oberstufe niederschlägt, hängt maßgeblich von der Verankerung der Beruflichkeit im Studium ab.

Es reicht nicht, „Gleichwertigkeit" zu postulieren und formale Zugangshürden abzubauen. Das belegen die niedrigen Quoten derer, die über den „dritten Bildungsweg" von der Berufsausbildung bzw. Berufstätigkeit in den Hochschulbereich wechseln (vgl. Wolter 2014). Durchlässigkeit muss gestaltet werden; sie muss sicherstellen, dass

bereits erworbene Potentiale beruflicher Bildung im Hochschulstudium anschlussfähig sind und in Verbindung mit wissenschaftlichen Studien Optionen für die Entfaltung berufsbiographischer Perspektiven bieten.

Impulse hierzu stellt das Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit zur Diskussion. „Erweitert" bedeutet in diesem Zusammenhang nicht die direkte Übernahme beruflicher Ausbildungsinhalte in die Studienordnungen der Hochschulen, sondern Einbeziehung der für Hochschulabsolventen relevanten Berufsbezüge in das Hochschulschulstudium. Dies ist angesichts der Unterschiedlichkeit von Hochschulstudiengängen bei deren Akkreditierung in jedem Einzelfall zu klären. Das Leitbild verzichtet deshalb darauf, Beruflichkeit in ein starres Berufskorsett zu pressen, sondern beschreibt und erläutert Qualitätsmaßstäbe. Sie markieren die für die betrieblich duale und die hochschulische Bildung bei aller Verschiedenheit gemeinsamen Ansprüche an die Gestaltung, Durchführung und Zertifizierung von Lehr- und Lernprozessen. „Moderne Beruflichkeit", so heißt es im Leitbild (IG Metall Vorstand 2014, 19), „geht von einem breiten Fähigkeitsprofil aus, das es erlaubt, Arbeits- und Geschäftsprozesse zu verstehen und selbständig mitzugestalten. Dazu gehört auch die Fähigkeit, das eigene Profil einzuschätzen und weiterzuentwickeln."

Beruf war bisher immer primär Fachberuf (Voß 2002, 108). Und genau dies könnte sich im Zeitalter von Industrie 4.0 radikal ändern. Der Umgang mit Wissen bedeutet nicht nur „mehr Wissen" und nicht nur „neues Wissen". Vielmehr ist Reflexivität als hervorstechendes Merkmal der Informations- und Wissensgesellschaft gefordert. Das bedeutet: Lernen als strategisches und lebensbegleitendes Wissensmanagement zu organisieren. Dazu gehört nicht zuletzt die „Entsorgung" von Wissen. Dies bedeutet immer auch Verunsicherung von Identität und Aufbau neuer Identitäten. Es ist in der Erwerbsbiographie vieler Menschen bereits heute Realität. „Lernen als beschleunigte Entwertungsproduktion" (Geißler/Kutscha 1992) setzt Menschen voraus, die über fachliche Qualifikationen hinaus durch Bildung in ihrer individuellen Persönlichkeit und sozialen Kompetenzentwicklung gefördert worden sind, die also bei aller Dynamik und Wechselhaftigkeit der Lebenssituationen in der Lage sind, Verantwortung für sich selbst, in Verantwortung für Andere und in Solidarität mit anderen zu übernehmen. In dieser Hinsicht versteht sich das Leitbild der erweiterten Beruflichkeit als „Bildungskonzept" (vgl. IG Metall Vorstand 2014, 20 ff.). Es betont die Mehrdimensionalität von Beruflichkeit.

Auch wenn die Entwicklungen von Industrie 4.0 für Arbeitsmarkt und Beschäftigung im Einzelnen noch nicht absehbar sind, so deutet vieles darauf hin: Beruf wird auch in seiner auf konkrete Arbeit bezogenen Funktionalität weniger denn je ein spezifischer Fachberuf sein (vgl. Voß 2002, 109). Im interdisziplinären Diskurs wird die expansive Digitalisierung weitgehend übereinstimmend mit der Erwartung in Verbindung gebracht, dass sich im Zuge von Industrie 4.0 deutlich erhöhte Komplexitäts-, Abstraktions- und Problemlösungsanforderungen stellen und den Beschäftigten ein erhöhtes Maß an selbstgesteuertem Handeln, kommunikativen Kompetenzen und Fähigkeiten zur Selbstorganisation abverlangt werden (vgl. Pfeiffer 2015). Auf diese Entwicklung sind die Ausbildungsordnungen für das duale System – wie angedeutet – bereits seit Jahren eingestellt. Pfeiffer und Suphan (2015) kommen in ihrer Studie „Lebendiges Arbeitsvermögen und Erfahrung als Ressourcen auf dem Weg zu Industrie 4.0" zu dem Ergebnis, dass derzeit weit mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen in Deutschland den erfahrungsbasierten Umgang mit Komplexität beherrschen und dies im alltäglichen Arbeitshandeln unter Beweis stellen. Mit diesem Potential könnten die Herausforderungen von Industrie 4.0 ohne Probleme bewältigt werden, wenn und soweit hierfür die Wege der entsprechenden beruflichen und akademischen Weiterbildung für den einzelnen gangbar gemacht und die Wege zwischen verschiedenen Ausbildungs- und Studiensträngen noch durchlässiger werden. Dieser Appell richtet sich insbesondere an die Institutionen der akademischen Bildung.

„Erweiterte" moderne Beruflichkeit lässt sich in dieser Hinsicht verstehen als Öffnung des Berufsbildungs- und Hochschulbereichs für weiterführende und anschlussfähige Formen der Kompetenzentwicklung nach Maßgabe beruflich relevanter Qualitätsmaßstäbe. Hierfür sieht das IG Metall-Leitbild mit seinem mehrdimensionalen Berufskonzept folgende, im Einzelnen näher erläuterte gemeinsame Prinzipien für die betrieblichduale und hochschulische Bildung vor (vgl. IG Metall Vorstand 2014, 20 ff.):
„Berufliches Lernen

- erfordert eine fachlich breite Qualifikation,
- vermittelt Wissen, Handlungsfähigkeit und ermöglicht praktische Erfahrung,
- orientiert sich an Arbeits- und Geschäftsprozessen,
- geschieht durch die Bewältigung von (berufstypischen) Aufgaben,
- ist entdeckendes und forschendes Lernen,
- ist Bildung,
- ist soziales Lernen,
- zielt auf Reflexion und Gestaltung von Arbeit,
- bereitet auf die Berufsrolle vor,
- fördert und entwickelt Identität,
- verknüpft Erfahrungs- und Wissenschaftsorientierung,
- zielt auf ein anderes Theorie-Praxis-Verhältnis,
- hat unterschiedliche Lernorte,
- schließt niemanden aus."

Link zum Thema

www.gew.de/berufliche-bildung/akademisierung-der-beruflichen-bildung/aktuelles/
> Präsentation Prof. Dr. Günter Kutscha: Bildung und moderne Beruflichkeit

Es geht hierbei nicht um das Ende von Beruflichkeit überhaupt, sondern um das Ende eines historischen Modells von Beruf, genauer: um die Überwindung des Berufs als einer starren und dauerhaft standardisierten Sozialform. Dies gibt den Hochschulen genug Spielraum, Beruflichkeit im Studium zur Geltung zu bringen. Die Hochschulen müssen es im Rahmen ihres mehrdimensionalen Bildungsauftrags aber auch wollen und in Lehre und Studium tun: nicht peripher und beiläufig, sondern gezielt als Modernisierungsstrategie einer gesellschaftlichen Herausforderungen verpflichteten Hochschulreform.

Im Grundsätzlichen steht mit dem Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit die Forderung zur Diskussion, öffentliche Verantwortung für die Qualität des Studiums zu übernehmen, um dem Leitziel der Employability im Bologna-Prozess seine Beliebigkeit zu nehmen und Sorge dafür zu tragen, dass das Hochschulstudium insgesamt nicht auf das kurzfristig und ökonomisch Verwertbare beschränkt wird. Der Bologna-Prozess ist – realistisch betrachtet – nicht umkehrbar. Die große Herausforderung der Hochschulreform besteht darin, die Entwicklung des Hochschulstudiums so zu gestalten, dass Bildung und Beruflichkeit sich wechselseitig im Medium der Wissenschaften entfalten können.

4. Offene Fragen und abschließende Bemerkungen

Ohne Zweifel: Zwischen Hochschulstudium und Berufsausbildung in den derzeit vorfindbaren Formen, Inhalten und Sozialisationsmustern gibt es eine große Kluft. Georg Spöttl (2012; 2015) spricht von unterschiedlichen Bildungstypen und unterscheidet zwischen dem „Karrieremodell des beruflich-betrieblichen Bildungstyps“ und dem „akademischen Bildungstyp“. „Hochschulen und die wissenschaftliche Ausbildung“, so Spöttl (2015, 24), „folgen völlig anderen Handlungslogiken als eine betrieblich duale Ausbildung“. Das Studium an Hochschulen orientiere sich an disziplinären Wissenschaftsstrukturen, die Berufsausbildung an betrieblichen Arbeits- und Geschäftsprozessen. Das führe vielfach zu nicht kompatiblen Qualifizierungsprofilen. Arbeitsprozesse und die vielschichtige Welt der Berufe seien nun mal nicht nach wissenschaftlichen Disziplinen strukturiert. Wenn es um Durchlässigkeit unter Beibehaltung der Besonderheiten von dualer Berufsausbildung und Hochschulstudium gehe, so Bülow-Schramm (2015, 4) in ihrer kritisch-konstruktiven Stellungnahme zum Leitbild der erweiterten modernen Beruflichkeit, dann sei es an der Zeit, „die Schnittstellen konkret zu benennen, an denen zwischen Lernorten und Denkmustern gewechselt werden muss, um sowohl neue Erkenntnisse hervorzubringen als auch ihre Anwendungsmöglichkeiten praktisch zu entwickeln und theoretisch zu überprüfen.“

Solche Einwände aus Hochschulsicht haben ihre Berechtigung und sind ernst zu nehmen. Dennoch: Grundlegende Veränderungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem sind unübersehbar. Die Diskrepanzen zwischen Hochschulstudium und Berufsausbildung lassen sich selbstverständlich nicht kurzfristig und nicht mit einem Leitbild aus der Welt schaffen. Dennoch geht kein Weg daran vorbei, die überlieferten scharfen Grenzen zwischen Hochschulstudium und Berufsausbildung peu á peu durch neue Formen grenzüberschreitenden und vernetzten Lernens abzubauen und sich den Anforderungen „differenter Lernkulturen“ in Kooperation von betrieblichen, schulischen und hochschulischen Bildungseinrichtungen unter Einbeziehung non-formaler Wege des Kompetenzerwerbs zu stellen. Dazu bedarf es verstärkter Forschung und praktischer Erprobung, so etwa auf Gebieten der Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule (vgl. Frommberger 2012; Wolter 2010), der Herausforderungen für eine größere Kompatibilität und Verzahnung von beruflicher und hochschulischer Bildung bei der Gestaltung und Durchführung von Studiengängen (vgl. Rein 2012) und nicht zuletzt der Ausdifferenzierung und Institutionalisierung neuer, berufsorientierter Formate akademischer Weiterbildung (vgl. Meyer 2012). Es geht beim Konzept der erweiterten modernen Beruflichkeit nicht darum, die Eigenständigkeit wissenschaftlicher Theorie und Forschung einzuschränken oder zu behindern. Es geht primär um neue Formen der Verbindung von Forschung und Studium, und zwar speziell um die Frage, wie sich neue „Wissensarchitekturen“ entwickeln und erproben lassen, die für die Verbindung wissenschaftlich und beruflich relevanter Wissensformen hilfreich sein könnten. Eine große Herausforderung für die hochschuldidaktische Forschung!

Völlig unklug wäre es, Wissenschaft und Praxis gegenseitig auszuspielen (Ressel/Kaßebaum 2015). „Was die Zukunft braucht“, so Hansjürgen Urban (2015), „ist keine Konkurrenz zwischen Hochschul- und Berufsbildungssystem, sondern ein sinn- und planvolles Miteinander“. – Ein beachtenswerter, aber auch schwieriger Ansatz, Sackgassen interessengeleiteter Machtpolitik in der Bildungs- und Hochschulreform zu meiden.

Literatur

Baethge, M. (2006): Das deutsche Bildungs-Schisma: Welche Probleme ein vorindustrielles Bildungssystem in einer nachindustriellen Gesellschaft hat. In: SOFI-Mitteilungen Nr. 34, 13–27.

Baethge, M./Wieck, M. (2015): Neue Konstellation zwischen Berufsausbildung und Hochschulstudi um. Wendepunkt in der deutschen Bildungsgeschichte. In: Mitteilungen aus dem SOFI, Aus gabe 22, 9. Jahrgang, 2–6.

Bauer, U./Bolder, A./Bremer, H./Dobischat, R./Kutscha, G. (Hrsg.) (2014): Expansive Bildungspolitik – expansive Bildung? Reihe „Bildung und Arbeit“, Band 4. Wiesbaden.

Blankertz, H. (1982): Die Sekundarstufe II – Perspektiven unter expansiver und restriktiver Bildungs politik. In: Blankertz, H./Derbolav, J./Kell, A./Kutscha, G. (Hrsg.): Sekundarstufe II – Jugendbildung zwischen Schule und Beruf. Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Band 9.1. Stuttgart, 321–339.

Bretschneider, M./Schwarz, H. (2015): Ordnung in der Verordnung. Eine Heuristik zur Strukturierung von Ausbildungsberufen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP) 44. Jg., H. 4, 48–52.

Brynjolfsson, E./McAfee, A. (2014): The Second Machine Age: Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird. Kulmbach.

Bülow-Schramm, M. (2015): Statement zum Leitbild „Erweiterte modere Beruflichkeit“. In: WAP das Berufsbildungsportal der IG Metall, 03.11.2015. Online: https://wap.igmetall.de/statement-prof-buelow-schramm-11103.htm.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2015): Arbeit weiter denken. Grünbuch. Arbeiten 4.0. Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2014): Industrie 4.0. Innovationen für die Pro duktion von morgen. Bonn.

Dahrendorf, R. (1965): Bildung ist Bürgerrecht. Bramsche, Osnabrück.

Deutscher Bildungsrat (Hrsg.) (1970): Empfehlungen der Bildungskommission: Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart.

Deutscher Bildungsrat (Hrsg.) (1974): Empfehlungen der Bildungskommission: Neuordnung der Se kundarstufe II – Konzept für eine Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen. Stuttgart.

Expertenkommission Forschung und Innovation – EFI (2014): Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands. Berlin.

Fingerle, K.-H. (2009): … warum und wie die Kollegschule (nicht) gescheitert ist. In: Lisop, I./Schlüter, A. (Hrsg.): Bildung im Medium des Berufs? Diskurslinien der Berufs- und Wirtschaftspädago gik. Frankfurt am Main.

Friedeburg, L. v. (1989): Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Wider spruch. Frankfurt am Main.

Frommberger, D. (2012): Von der Berufsbildung in die Hochschule (Dritter Bildungsweg) – Eine berufs- und wirtschaftspädagogische Einordnung unter besonderer Berücksichtigung aktueller Rahmenwerke zur Förderung von Übergängen und Durchlässigkeit. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 108. Band, H. 2, 169–193.

Geißler, K. A./Kutscha, G. (1992): Modernisierung der Berufsbildung – Paradoxien und Parodontosen. Oder: Was ist modern an der Modernisierung der Berufsbildung und ihrer Theorie. In: Kipp, M./Czycholl, R./Dikau, J./Meueler, E. (Hrsg.): Paradoxien in der beruflichen Aus- und Weiter bildung. Zur Kritik ihrer Modernisierungskrisen. Frankfurt am Main, S. 13–33.

Georg, W. (2008): Studium und Beruf. Zum Wandel des Verhältnisses von Hochschule und Berufsaus bildung. In: Jäger, W./Schützeichel, R. (Hrsg.): Universität und Lebenswelt. Wiesbaden, 84–117.

Hirsch-Kreinsen, H/Ittermann, P./Niehaus, J. (Hrsg.): (2015): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. Baden-Baden.

Hopf, W. (2014): Bildungsexpansion und der Wandel der Regimes sozialer Selektion. In: Bauer, U./Bolder, A./Bremer, H./Dobischat, R./Kutscha, G. (Hrsg.): Expansive Bildungspolitik – expansive Bildung? Reihe „Bildung und Arbeit“, Band 4. Wiesbaden, 217–242.

IG Metall Vorstand (Hrsg.) (2014): Erweiterte moderne Beruflichkeit. Ein gemeinsames Leitbild für die betrieblich-duale und die hochschulische Berufsbildung. Frankfurt am Main.

Kern, H./Schumann, M. (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München.

Klemm, K. (2014); Neuere Schulentwicklung und soziale Ungleichheit – Versuch einer Zwischenbilanz. In: Bauer, U./Bolder, A./Bremer, H./Dobischat, R./Kutscha, G. (Hrsg.): Expansive Bildungspolitik – expansive Bildung? Reihe „Bildung und Arbeit“, Band 4. Wiesbaden, 127–143.

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1972): Kollegstufe NW. Strukturförderung im Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen. Eine Schriftenreihe des Kultusministers, H. 17. Ratingen, Kastellaun, Düsseldorf.

Kutscha, G. (1992): ‚Entberuflichung‘ und ‚Neue Beruflichkeit‘ – Thesen und Aspekte zur Modernisierung der Berufsbildung und ihrer Theorie. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirt schaftspädagogik 88. Jg., H. 7, 535–548.

Kutscha, G. (2015): Bildungsreform und erweiterte moderne Beruflichkeit. In: Denk-doch-Mal.de – Online Magazin für Arbeit – Bildung – Gesellschaft, Ausgabe: 01-15. Online: http://www.denk-doch-mal.de/.

Meyer, R. (2012): Professionsorientierte Beruflichkeit? Theoretische und konzeptionelle Überlegungen zur Öffnung der Hochschulen als Lernorte der beruflichen Bildung. In: bwp@ Berufs- und Wirtschaftspädagogik – online, Ausgabe Nr. 23. Online: www.bwpat.de/ausgabe23/meyer_bwpat23.pdf.

Nida-Rümelin, J. (2014): Der Akademisierungswahn. Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung. Hamburg.

Pfeiffer, S. (2015): Auswirkungen von Industrie 4.0 auf Aus- und Weiterbildung, hrsg. vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA). Wien.

Pfeiffer, S./Suphan, A. (2015): Der AV-Index. Lebendiges Arbeitsvermögen und Erfahrung als Ressour cen auf dem Weg zu Industrie 4.0, Working Paper 2015#1. Universität Hohenheim.

Picht, G.: (1964): Die deutsche Bildungskatastrophe. Olten.

Rauner, F. (2012): Akademisierung beruflicher und Verberuflichung akademischer Bildung. In: bwp@ Berufs- und Wirtschaftspädagogik – online, Ausgabe Nr. 23. Online: www.bwpat.de/ausgabe23/rauner_bwpat23.pdf.

Rein, V. (2012): Aspekte der Kompatibilität beruflicher und hochschulischer Bildung in der Kompe tenzorientierung. In: bwp@ Berufs- und Wirtschaftspädagogik – online, Ausgabe Nr. 23. Onli ne: www.bwpat.de/ausgabe23/rein_bwpat23.pdf.

Ressel, Th./Kaßebaum, B. (2015): Beruflichkeit neu denken – Das Leitbild der IG Metall. In: iNSIDER. Zeitschrift der Fachgruppe Berufsbildende Schulen Hessen 26. Jg., Nr. 2, 22–24.

Sauter, E. (2003): Strukturen und Interessen. Auf dem Weg zu einem kohärenten Berufsbildungssystem, Bonn.

Spöttl, G. (2012): Bildungstypen, Karrierewege und Beschäftigungsmuster. In: Kuda, E./ Strauß, J./Spöttl, G./Kaßebaum, B. (Hrsg.) (2012): Akademisierung der Arbeitswelt? Zur Zukunft der beruflichen Bildung. Hamburg, 130–144.

Spöttl, G. (2015): Einspruch aus der Hochschule. In: iNSIDER. Zeitschrift der Fachgruppe Berufsbil dende Schulen Hessen 26. Jg., Nr. 2, 24–25.

Statistisches Bundesamt (Destatis) u. a. (2013): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesre publik Deutschland. Bonn.

Urban, H.-J. (2015): Perspektiven der Berufsbildung. Für eine gemeinsame Orientierung von berufli cher und hochschulischer Bildung. In: Gegenblende 33:2015, Online: www.gegenblende.de/33-2015/++co++02731c06-3128-Urban11e5-af53-52540066f352.

Voß, G. (2002): Der Beruf ist tot! Es lebe der Beruf! Zur Beruflichkeit des Arbeitskraftunternehmers und deren Folgen für das Bildungssystem. In: Kuda, E./Strauß, J. (Hrsg.): Arbeitnehmer als Unternehmer. Herausforderungen für Gewerkschaften und berufliche Bildung. Hamburg.

Waser, N. (2015): Industrie 4.0 beschränkt sich nicht nur auf technische Veränderungen. In: Frankfur ter Allgemeine Zeitung, 23. November 2015, 16.

Wolter, A. (2010): Zur Durchlässigkeit von beruflicher Bildung und Hochschule – Vom Besonderhei tenmythos zur beruflichen Kompetenz. In: Birkelbach, K./Bolder, A./Düsseldorf, K. (Hrsg.): Be rufliche Bildung in Zeiten des Wandels. Baltmannsweiler, 199–219.

Wolter, A. (2014): Studiennachfrage, Absolventenverbleib und Fachkräftediskurs. Wohin steuert die Hochschulentwicklung in Deutschland? In: Bauer, U./Bolder, A./Bremer, H./Dobischat, R./Kutscha, G. (Hrsg.): Expansive Bildungspolitik – expansive Bildung? Reihe „Bildung und Ar beit“, Band 4. Wiesbaden, 145–171.

Wolter, A. (2015): Hochschulexpansion: Wachsende Teilhabe oder Akademisierungswahn? Online: http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft bildung/200104/teilhabe-oder-akademisierungswahn.

Wößmann, L. (2013): Der Wahn vom Akademisierungswahn. In: ifo Schnelldienst 23/2013, 18-21.

Zika, G./Maier, T./Hummel, M./Helmrich, R. (2015): Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und -bedarf bis 2030 in sechs Regionen. In: Zika, G. u. a. (Hrsg.): Qualifikation und Beruf in Deutschlands Regionen bis 2030. Konzepte, Methoden und Ergebnisse der BIBB-IAB-Projektionen. Bielefeld, 9–68.

Forum 1

Der Hunger nach Aufstieg – Chancengleichheit ohne Standesdünkel

// Zusammenfassung //

Elf gewerkschaftliche Thesen zum öffentlichen Diskurs über Akademisierung und berufliche Bildung

- **Antonia Kühn**, DGB NRW, Düsseldorf
- **Dr. Sirikit Krone**, Institut für Arbeit und Qualifikation, Duisburg

Moderation: Klemens Lüchtefeld, GEW NRW

Berichterstattung: Annelie Strack, GEW R-P

Grundsätzlich wird von allen Teilnehmer*Innen des Forums sehr positiv begrüßt, dass die Gewerkschaften mit diesem Thesen- und Positionspapier die notwendige Debatte anstoßen. Diskussion und Kritikpunkte ergeben sich an einzelnen Thesen, weil einige Begriffe nicht genügend reflektiert erscheinen und die gesellschaftlichen Kontexte stärker einbezogen werden sollten.

Diskussionspunkte zu den Thesen 1 bis 3:

These 1: Zwar beginnen 50 Prozent eines Jahrgangs ein Studium, das heißt aber nicht, dass sie dieses Studium auch abschließen. Antonia Kühn weist hier darauf hin, dass zu den Studienabbruchquoten bisher kaum belastbare Daten vorliegen.

These 2: Richtig ist, dass die außerhochschulische Fortbildung in Deutschland ein hohes Niveau hat und Karriereperspektiven eröffnet, aber dennoch wird die Attraktivität der Hochschule von Schüler*Innen und Eltern höher eingeschätzt; deshalb ist es wichtig, die Attraktivität der beruflichen Bildung zu stärken.

These 3: Das Verhalten der Hochschulen kann nicht allein mit Angst vor Statusverlust erklärt werden, denn die Öffnung der Hochschulen bedeutet auch, dass Hochschulen es nicht mehr allein mit einer intellektuellen Elite zu tun haben, d.h. Fähigkeiten zum Umgang mit Heterogenität gefordert sind.

Weitergehende Diskussionspunkte hierzu:

- Gleichwertigkeit ist ein politisches Postulat. Es muss differenziert werden, was in Bezug auf was gleichwertig sein soll und was dafür getan werden muss; Kompetenzen in der Berufsbildung müssen ein Niveau erreichen, das gleichwertig ist. Hier sollte nicht immer nur von Wissensbeständen geredet werden, sondern es gilt zu differenzieren, welche Probleme z.B. Ingenieure und Meister lösen können.
- Höhere Lebenseinkommen sind deshalb oft selbstverständlich, weil Wissensbestände von der Gesellschaft unterschiedlich bewertet werden.
- Die alte, überwunden geglaubte Debatte um Anlage und Umwelt wird wieder neu belebt, wenn Genetiker*Innen und Neurolog*Innen die Ursachen von Ungleichheit erforschen. Eine Wiederbelebung der Begabungsdiskussion wirkt erschreckend.
- Der Titel müsste mit einem Fragezeichen versehen werden, denn ein bloßer Vergleich von Anfängerzahlen sagt nichts darüber aus, welche Abschlüsse oder Kompetenzen am Ende stehen; viele Abiturient*Innen beginnen eine duale Ausbildung, viele Studierende haben einen dualen Abschluss; das Problem besteht weniger in der Akademisierung der beruflichen Bildung, sondern eher im Anteil der Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden.
- Ist es sinnvoll, dass Jugendliche mit einem längeren Schulbesuch der Konfrontation mit der Realität ausweichen wollen?
- Ergibt sich nicht ein zu enger Fokus in den Thesen, wenn lediglich ein Vergleich von zwei Systemen stattfindet und der gesellschaftliche Kontext ausgeklammert wird.
- Der Begriff „Höherwertigkeit“ wird problematisiert: Die OECD hat mittlerweile ihre Meinung geändert; die Kritik an der OECD ist gerechtfertigt wegen der Behauptung, dass höhere Qualifikationen erforderlich sind und zu höheren Lebenseinkommen führen. Höherwertigkeit und höhere Lebenseinkommen sind sehr differenziert zu sehen.
- Das deutsche duale System ist nicht wirklich ein Exportschlager und kann im Ausland kaum installiert werden: Nachfrage nach dualem System im Ausland zwar sehr groß, aber keine Umsetzung wegen fehlender Sozialpartnerschaft, anderen Schulsystemen und fehlender

Ausbildungstradition in den Unternehmen. Einkommen, Arbeitsplatzsicherheit und das Gratifikationssystem müssen gestärkt werden, ebenso die Durchlässigkeit.

- Die Profile der beiden Ausbildungswege dürfen nicht vermischt werden; es gibt viele anspruchsvolle Ausbildungsberufe im dualen System; die Annahme der Höherwertigkeit beruht auf Erfahrungen. Natürlich erleichtert Mathematik in der Sek II den Übergang in ein Maschinenbaustudium; aber: Die Stärken der dualen Berufsausbildung werden nicht gesehen – beruflich Qualifizierte müssen an der Hochschule nicht automatisch scheitern. Eine bessere Beratung in der gymnasialen Oberstufe und während des Studiums ist erforderlich.

- Die Berufsschule sollte nicht in erster Linie mehr Aufgaben zur Förderung der Studierfähigkeit übernehmen, sondern eher bei der Integration von Schwächeren ansetzen.

- Welcher Bildungsbegriff wird zugrunde gelegt? Das Verständnis von Bildung, Lernen, hier insbesondere die Wertigkeit von erfahrungsorientiertem, informellem Lernen, die Relativierung von Theorie und kognitiver Fähigkeiten werden diskutiert und eine stärkere Bildung im Medium des Berufs gefordert, wie sie in NRW z.B. im Schulbesuch Kollegschule/Herwig Blankertz entwickelt wurde. Bildung muss neu definiert werden – sie findet eben nicht nur in der Schule statt.

Diskussionspunkte zu den Thesen 4 bis 11:

Für Sirikit Krone ist der Prozess der Akademisierung nicht wirklich unumkehrbar und es gibt einen Gestaltungsraum durch richtige Anreize.

Es besteht ein Widerspruch zwischen behaupteter Gleichwertigkeit und der Forderung, dass alle in den Genuss akademischer Bildung kommen sollen.

Es wird diskutiert, ob sich hier nicht zu leicht eine „Illusion der Chancengleichheit“ ergibt. Die unversorgten Jugendlichen sollten nicht in die Debatte über Akademisierung einbezogen werden, ebenso wenig die Flüchtlinge. Eine Verbesserung der Chancengleichheit muss bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen, nicht erst beim Übergang in die berufliche Bildung. Das untere Segment – auch wenn Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss erheblich reduziert wurde – wird dauerhaft bestehen bleiben.

Der Wunsch nach Aufstieg ist nicht Ausdruck freier Entscheidungen, sondern Folge des zunehmenden Prekariats und der wachsenden Ungleichheit in der Gesellschaft;

Höherqualifizierung wird von Gewerkschaften gefordert, aber Arbeitsmarktstudien zeigen eine andere Realität: wachsende Polarisierung, Anwachsen der unqualifizierten Tätigkeiten; eine Höherqualifizierung findet nur bei bestimmten Berufsgruppen statt. Frage: Glauben wir wirklich, dass wir mit Bildung mehr Gleichheit erzeugen können?

Mit Verweis auf die USA: die funktionsorientierte Qualifizierung, auch auf höherer Ebene, ist nicht unbedingt nur negativ zu beurteilen; auch das duale System könnte optimiert werden.

Warum haben unter dem Aspekt Gleichwertigkeit die Gewerkschaften nicht „Master = Meister“, „Geselle = Bachelor“ gefordert?

Wie kann man beruflichen Erfolg messen?

Warum streben die meisten beruflich Qualifizierten in die Sozialwissenschaften, nicht aber in fachaffine MINT-Studiengänge?

Die stärkere Spaltung der Gesellschaft ergibt sich auch dadurch, dass Lehrkräfte und Schüler*Innen an allgemeinbildenden Schulen kaum wissen, welche dualen Berufsausbildungsmöglichkeiten und andere berufliche Bildungsangebote es gibt.

Warum zeigen junge Menschen kaum noch Neugier, Gestaltungswillen und Begeisterung?

Als Gründe für fehlende Motivation werden darüber hinaus genannt: Selektion und Demotivation ab der 4. Klasse; Gratifikation: schlechtere Bewertung der beruflichen Arbeit; Eltern haben Angst, dass ihre Kinder ohne Abitur schlechtere Chancen haben – auch Folge von Agenda 2010 (Prekarisierung); Berufsschule muss Differenzierungsangebote machen; Abkehr vom Lernen nur für die Prüfung gefordert; Anschlussfähigkeit der beruflichen Bildung muss nicht nur formal, sondern auch materiell hergestellt werden.

Antonia Kühn weist abschließend auf folgende Fragen hin:

- Wie offen ist das Hochschulsystem tatsächlich?

- Welche konkreten Auswirkungen ergeben sich durch die Akademisierung bezogen auf das Hochschulsystem und die Arbeitswelt?

Die Innovationsfähigkeit ergibt sich ihrer Meinung nach gerade durch das Zusammenspiel von unterschiedlich qualifizierten Arbeitnehmer*Innen in den Unternehmen.

Der Hunger nach Aufstieg – Chancengleichheit ohne Standesdünkel, Elf gewerkschaftliche Thesen zum öffentlichen Diskurs über Akademisierung und berufliche Ausbildung

// von Antonia Kühn und Norbert Wichmann //

Die Debatte um den Stellenwert beruflicher und akademischer Bildung ist längst entbrannt. Wie hat sich das Bildungssystem in den letzten Jahren entwickelt? Welche Anreize setzt der Arbeitsmarkt? Gibt es Potenziale für mehr Chancengleichheit und Durchlässigkeit? Welche Anforderungen bestehen an das Bildungssystem der Zukunft? Mit diesen elf Thesen leisten Antonia Kühn und Norbert Wichmann einen gemeinsamen Beitrag zur Versachlichung der Debatte.

These 1:
Die Zahlenverhältnisse in den Systemen der beruflichen und der akademischen Bildung verschieben sich. Rund jede/r zweite Berufseinsteiger/in hat heute einen akademischen Abschluss.

Es scheint ein wenig ein Mode-Thema zu sein, die drohende Akademisierung der Berufsausbildung. Steigende Studierendenzahlen führen jedenfalls derzeit zu hitzigen Diskussionen. Führt der Run auf die Hochschulen wirklich zum Niedergang der dualen Berufsausbildung? Konkurrieren Betriebe mit Hochschulen um „die besten Köpfe“? Wir haben genug von den pauschalen und undifferenzierten Schnellurteilen und nehmen uns einmal etwas Zeit, ausführlicher über diese Frage nachzudenken.

Betrachten wir zunächst die quantitative Ausgangslage: Die Zahl der Studienanfänger/innen verdoppelte sich bundesweit alleine in den letzten zwanzig Jahren von rund 260.000 auf 510.000 (von 1995 bis 2013). An den nordrhein-westfälischen Hochschulen waren im Wintersemester 2014/15 rund 711.900 Studierende eingeschrieben – so viele wie nie zuvor. Dem stehen rund 315.000 Auszubildende in NRW gegenüber.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bildungsdauern ist dies ein schwieriger Vergleich, wir vergleichen daher die Anfänger/innen: Im Herbst 2014 standen in NRW gut 117.400 neue Ausbildungsverträge auf der einen Seite, 105.400 Erstsemester auf der anderen.

Die Tendenz ist eindeutig und wird von bundesweiten Zahlen bestätigt: Seit 2011 übersteigt die Zahl der Studienanfänger/innen die der Neuzugänge in die duale Ausbildung in Deutschland. Der Trend ist klar: Rund jede/r zweite Berufseinsteiger/in hat heute einen akademischen Abschluss.

These 2:
Es wird eine Höherwertigkeit der akademischen Ausbildung unterstellt – die Eigenheiten der dualen Berufsausbildung werden übersehen.

Diese Verschiebungen haben zu einer öffentlichen Debatte geführt. Die OECD berichtete jahrelang über den hohen Anteil der Akademiker/innen im europäischen Vergleich und unterstellte eine nachteilige Entwicklung in Deutschland ohne Beachtung unterschiedlicher Bildungs- und Berufsbildungssysteme in den einzelnen Staaten. Insbesondere aus den Wirtschaftsverbänden kam der berechtigte Hinweis, dass die Eigenheiten des dualen Systems der Berufsausbildung in den OECD-Berichten zu wenig Beachtung finden würden. Schließlich deckt das duale System in Deutschland Qualifikationsbedarfe ab, die in anderen Ländern nur über ein Studium erlangt werden können. Bei der formalen Betrachtung, ob sich der Zugang in Arbeit über den akademischen Weg oder über eine duale Berufsausbildung vollzog, bediente sich die OECD einer Sichtweise, die automatisch die Höherwertigkeit der akademischen Ausbildung unterstellte, ohne das Kompetenzniveau dual Ausgebildeter angemessen zu würdigen. Namhafte Berufsbildungsforscher wie Felix Rauner widersprechen dem. Sie unterstellen, dass, insbesondere bei sogenannten „semi-akademischen Berufen”, ein höheres Qualifikationsniveau erreicht werden kann als bei einem vergleichbaren Studienabschluss auf Bachelor-Niveau.

These 3:
Hinter einem biologischen Begabungsbegriff steht Standesdenken.

2013 stieß Julian Nida-Rümelin zugespitzt die Debatte zum Akademisierungswahn mit einem Interview in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung an. Darin vertritt er die These, dass die wachsende Zahl Studierender zum Niedergang des dualen Ausbildungssystems führe

und plädiert für ein Bildungssystem, das sich an der Vielfalt von Begabungen, Interessen, Berufs- und Lebenswegen orientiert. Seiner Meinung nach kann dies unter anderem durch eine universitäre Ausbildung geschehen, die „jedem begabten jungen Menschen, der studieren will, offen stehen soll“. Zu diesem System gehöre auch die berufliche Bildung. Doch die Anerkennung für diesen Weg in den Beruf schwinde und so entstehe eine Abwärtsspirale, die den Fachkräftemangel noch verstärke, der aus demografischen Gründen ohnehin drohe. Er geht von einem biologischen Begabungsbegriff aus, demnach einige junge Menschen eine Veranlagung zum Studium hätten, andere eher „praktisch-begabt“ seien, und prognostiziert einen Fachkräftemangel – beides können wir nicht teilen.

Debatten über eine „Akademikerschwemme“, wie Julian Nida-Rümelin sie befeuert, treten periodisch immer wieder auf. Die Motive sind oft: Angst vor Statusverlust, Standes- und Elitedenken, angeblicher Niveauverlust, Überforderung der Lehrenden an Hochschulen. Angetrieben wird die Diskussion durch die Auseinandersetzung um die demografische Entwicklung und den künftigen Arbeitskräftebedarf.

These 4:
Die Verschiebung zwischen beruflicher Ausbildung und Studium ist Resultat eines wachsenden Bildungsinteresses der Bevölkerung, das mit dem Wunsch nach Aufstieg eng verbunden ist.

Die quantitative Verschiebung zwischen beruflicher Ausbildung und Studium folgt aber keiner Arbeitskräftestrategie, sondern ist als Resultat des wachsenden Bildungsinteresses in der Bevölkerung zu begreifen. Als solches ist sie auch politisch nicht regulierbar. Es ist eine Abstimmung mit den Füßen. Alle Versuche hier stärker regulierend einzugreifen sind gescheitert und unnötig.

Jeder, der über den „Akademisierungswahn“ klagt, muss sich fragen lassen: Welchen Bildungsabschluss würden Sie sich für Ihr Kind wünschen?

Der Trend zu Höherqualifizierung ist im gesamten Schul- und Bildungssystem zu beobachten. Er macht an der Hochschule nicht halt. Bestimmte duale Ausbildungsgänge sind zum Beispiel ohne Abitur nicht mehr erreichbar. Der mittlere Schulabschluss beziehungsweise die Studienberechtigung wird mehr und mehr zur Leitwährung auf dem Ausbildungsmarkt. 75 Prozent der Bewerber/innen in NRW im dualen System verfügen über einen solchen gehobenen Abschluss. Auffällig ist die wachsende Zahl der Studienberechtigten im dualen System. Sie ist laut Berufsbildungsbericht bundesweit von 20,3 (2009) auf 25,3 Prozent (2013) gestiegen. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss kontinuierlich: Lag er 2009 noch bei 33,1 Prozent, ist er mittlerweile unter die 30-Prozent-Marke gerutscht (29,5 Prozent 2012). Trotz sinkender Bewerberzahlen und zunehmender Besetzungsprobleme grenzen viele Betriebe die Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss schon aus dem Auswahlverfahren zur Besetzung der Ausbildungsplätze aus. 61,6 Prozent der angebotenen Plätze der IHK-Lehrstellenbörse bleiben Hauptschulabsolventen verschlossen. Bei den Jugendlichen ohne Schulabschluss sind es gar 96,3 Prozent.

Neben dem Auswahlverhalten der Betriebe wird diese Entwicklung auch durch andere Herausforderungen befördert. Technische Anforderungen haben die dualen Berufsbilder verändert. Die theoretischen Anteile sind stetig gewachsen und immer mehr dual Ausgebildete sehen sich mit immer komplexeren Herausforderungen konfrontiert. Um den Anteil der Personen zu erhöhen, die diesen Anforderungen gerecht werden können, muss sich das Bildungssystem umstellen. Unsere These ist: Der Trend zu Höherqualifizierung ist unumkehrbar. Er wird von allen relevanten Anreizen des Arbeitsmarktes wie Arbeitslosigkeit, Einkommen und Karriere sowie der technologischen und ökonomischen Entwicklung gestützt.

Betrachten wir die Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluss, dann ist es nur zu verständlich, dass viele Eltern ihren Kindern nahelegen, alles Engagement in den akademischen Weg zu legen.

Während die Arbeitslosenquote bei Menschen ohne berufliche Qualifizierung bei rund 20 Prozent liegt, beträgt sie bei Erwerbsfähigen mit dualer Ausbildung um die fünf Prozent und bei jenen mit akademischem Abschluss knapp über zwei Prozent.

Mit der Umstellung auf Bachelor und Master unterliegen die Übergänge in den Arbeitsmarkt weiteren Veränderungen – valide Zahlen fehlen noch. Aber im Trend deutet sich an: Der Master erweist sich als vergleichbar mit dem alten Diplom und dem Magister, der Fachhochschul-Bachelor entspricht dem Fachhochschul-Diplom, lediglich der Universitäts-Bachelor ist hinsichtlich Einkommen und beruflicher Stellung noch unsicher am Arbeitsmarkt.

Wie steht es um das Einkommen? Akademiker/innen verdienen in Deutschland laut OECD- Bildungsbericht 2014 im Durchschnitt 74 Prozent mehr als Erwerbstätige, die weder zur Universität noch zur Fachhochschule gegangen sind oder einen Meisterkurs besucht haben. Im Jahr 2000 lag

dieser Hochqualifizierten-Vorsprung beim Einkommen in Deutschland erst bei 45 Prozent. Im Schnitt der anderen Industrienationen beträgt ihr Lohnvorteil derzeit 59 Prozent. Kurzum: „Es ist nicht der Hunger nach Erkenntnis, der die Studenten von heute in die Seminare treibt – es ist der Hunger nach Aufstieg“, wie die Journalistin Marion Schmidt am 6. November 2014 in Die Zeit schrieb.

These 5:
Qualität und Quantität stimmen in beiden Bildungssystemen nicht. Vor allem: Wir haben nicht zu viele Akademiker/innen, wir haben zu wenig dual Ausgebildete.

Die Frage, ob junge Menschen über eine betriebliche oder eine akademische Ausbildung ihren Weg in Arbeit finden, ist im Kern nicht die entscheidende. Es ist falsch, eine plakative Forderung nach einer höheren Akademikerquote aufzustellen. Ebenso falsch ist es, mehr Jugendliche zu einer Ausbildung überreden zu wollen.

Die duale Ausbildung in Deutschland bereitet Jugendliche qualitativ hochwertig auf das Berufsleben vor. Rund 70 Prozent der Jugendlichen sind mit der fachlichen Qualität ihrer Ausbildung sehr zufrieden. Wir wissen aber auch, dass umgekehrt drei von zehn Jugendliche die Qualität der Ausbildung kritisieren, ob nun der betriebliche Ausbildungsplan fehlt oder ausbildungsfremde Tätigkeiten ausgeübt werden müssen. Jahr für Jahr sehen wir im Ausbildungsreport der DGB Jugend, dass die Ausbildungsqualität sehr differenziert nach Branchen und Betrieben zu betrachten ist.

Umgekehrt strömen immer mehr Jugendliche an die Hochschulen, wo sie in Vorlesungen auf dem Boden sitzen müssen, um rare Plätze in überfüllten Seminaren kämpfen, ihre Professor/innen kaum einmal persönlich sprechen, in verschulten Studiengängen stets nur für die nächste Prüfung lernen ohne Zeit für auch nur einen kritischen Gedanken und schließlich ihre Ellenbogen im Kampf um einen der begehrten Masterplätze ausfahren müssen.

Wir hören aus Betrieben erste Stimmen, wonach junge Erwachsene, die so studieren, zwar fachliches Wissen mitbrächten, es ihnen aber an sozialen Kompetenzen mangele. Selbstorganisation, kritisches Reflektieren, Eigenständigkeit in Entscheidungen und Teamfähigkeiten stehen im heutigen Bachelor- Master-System nicht an erster Stelle, gleichwohl sind es Eigenschaften, die von hochqualifiziertem Führungspersonal in den Betrieben erwartet werden.

Schließlich fehlen in beiden Bereichen schlicht Plätze. Es gibt zu wenig Ausbildungsstellen und auch zu wenig Studienplätze. Besonders deutlich wird dies im Hochschulbereich bei den Masterplätzen. Der Rückgang in der dualen Ausbildung ist angebotsverursacht. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen übersteigt jedes Jahr das Stellenangebot. Ausschlaggebend ist hier also das Verhalten der Unternehmen, die zu wenige Ausbildungsplätze anbieten.

In NRW verbleiben seit Jahrzehnten in jedem Jahr zehntausende junge Menschen dauerhaft ohne jede Berufsausbildung. Der Anteil liegt konstant bei um die 20 Prozent und das obwohl schon 1996 der NRW-Ausbildungskonsens versprach: Jeder junge Mensch in NRW, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet. Die Lobeshymnen auf das duale System übersehen, dass es ein massives Marktversagen gibt, von dem jeder fünfte Jugendliche in NRW betroffen ist. Die offizielle Lesart der Statistiken beschönigt die Situation. So wird aus einem „unversorgten“ Jugendlichen ein Bewerber mit Alternative, wenn er zum Beispiel noch berufsschulpflichtig ist und sich in einer perspektivlosen

„KSOB-Klasse“ (Klasse für Schüler/innen ohne Berufsausbildungsverhältnis) am Berufskolleg wiederfindet. Was so hässlich klingt, heißt nach den Sommerferien 2015 dann „dualisierte Ausbildungsvorbereitung“. Ein schönerer Titel, aber ändern wird er nichts. Rund 70 Prozent der Jugendlichen verlassen den Bildungsgang ohne Abschluss und, was noch schlimmer ist, ohne Anschluss. Hier entsteht der harte Kern der Langzeitarbeitslosen, der auch unter guten konjunkturellen Vorzeichen kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommt, wie die aktuelle Arbeitslosenstatistik belegt.

These 6:
Die Lösung liegt in einer höheren Durchlässigkeit und Verzahnung der Systeme.

Nahezu alle bildungspolitischen Expert/innen sehen eine Lösung in einer höheren Durchlässigkeit und Verzahnung der Systeme. Der Gedanke der Durchlässigkeit wurde bereits im Europäischen Qualifikationsrahmen angelegt, der 2008 im Europäischen Parlament und Rat beschlossen wurde. Die europäischen Länder haben sich darauf verständigt, sämtliche Qualifikationsniveaus der allgemeinen, der beruflichen und der akademischen Aus- und Weiterbildung acht Referenzniveaus zuzuordnen. Ziel war es, Qualifikationen über Staatsgrenzen hinweg vergleichbar zu machen und die Mobilität der Menschen zu erhöhen.

DQR-Niveau	Qualifikation
1 und 2	berufsvorbereitende schulische Maßnahmen
3	zweijährige berufliche Erstausbildung
4	drei- oder dreieinhalbjährige Erstausbildung
5	Fortbildungen
6	Bachelor, Fachwirte, Meister, Techniker, Fachschule/Fachakademie
7	Master
8	Promotion

Die Tabelle zeigt die Umsetzung im Deutschen Qualifikationsrahmen, um den es ein zähes Ringen zwischen der akademischen und der berufsbildnerischen Seite gegeben hat. Schließlich besteht nun im Ergebnis ein fließendes System. Getragen wird dieses von dem Gedanken lebenslangen Lernens, in dessen Verlauf jeder Mensch theoretisch immer wieder eine höhere Niveaustufe erreichen kann. Dabei wurden Kompromisse gefunden, bei denen sich die Frage stellt, inwieweit das Schema insbesondere den komplexen dualen Berufsbildern gerecht wird, und ob auf europäischer Ebene dadurch die Gleichwertigkeit von dualer und akademischer Bildung angemessen abgebildet wird. Dass allgemeinbildende Schulabschlüsse wie das Abitur nicht zugeordnet wurden, ist nach wie vor richtig. Das Gesamtgefüge hätte eine deutliche Schieflage bekommen, wenn das Abitur einer dreieinhalbjährigen Ausbildung gleichgestellt worden wäre.

These 7:
Chancengleichheit und Inklusion sind zwei Seiten einer Medaille.

Eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen der kommenden zehn Jahre ist die Anwendung der UN-Behindertenrechtskonvention. Doch was heißt das im Kontext der jeweiligen Bildungsbereiche und vor dem Hintergrund der Zuweisung bestimmter Aufgaben für die berufliche Bildung und die hochschulische Bildung? Die meisten konkreten Handlungsoptionen bieten sich hinsichtlich einer verbesserten Bildungsbeteiligung körperlich Behinderter in beiden Bildungsbereichen. Hier sind die Ausgangsituationen und die Herausforderungen sehr ähnlich und der Unterschied zwischen der beruflichen Bildung und der hochschulischen Bildung geringfügig. Doch wie sieht es mit der Inklusion der jungen Menschen aus, die emotionale oder soziale Störungen aufweisen oder lernbehindert sind? Liegt hier die alleinige Aufgabe bei der beruflichen Bildung?

Unterstellt man einen ganzheitlichen Inklusionsbegriff, kommt man zu anderen Ergebnissen. Der Inklusionsgedanke bezieht sich dann nicht nur auf Behinderung als klinische, sondern auch als soziale Kategorie. Wie im Verständnis der UNESCO richtet sich die englischsprachige Fassung der UN-Konvention gegen jegliche Formen des Ausschlusses von sozialer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe, sei es aufgrund des Geschlechts, der sozialen oder ethnischen Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder sonstiger Beeinträchtigungen. In diesem weiten Verständnis gilt Bildung als Menschenrecht. Die UN verortet die Ursachen von Lernschwierigkeiten im Bildungssystem und seinen Strukturen und nicht bei den einzelnen Personen, die in einer Teilhabe behindert werden. Die Lernenden werden in ihrer Vielfalt und Einzigartigkeit geschätzt. Die Strukturen sollten in allen Bildungsbereichen – und damit in der Berufsausbildung wie in der hochschulischen Bildung – so gestaltet und organisiert werden, dass sie allen Lernenden mit ihren spezifischen Bedürfnissen gerecht werden. Dabei sollen Lernende nicht nach sozialen Kategorien wie Behinderung oder Benachteiligung in verschiedene Gruppen und in Sondermaßnahmen wie Förderschulen aufgeteilt werden. Denn mit derartigen Zuordnungen sind für die Betroffenen Stigmatisierungs- und Diskriminierungsrisiken verbunden. Inklusion in einem umfassenden Sinne ist deshalb nur durch ein Höchstmaß an Chancengleichheit und Durchlässigkeit zu erreichen. Um nicht falsch verstanden zu werden – Chancengleichheit ist nicht Ergebnisgleichheit. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht jeder wird eine akademische oder berufschulische Laufbahn absolvieren und entsprechende Abschlüsse vorweisen können. Aber jeder sollte seine Potenziale voll entfalten können.

These 8:
In der Realität mangelt es an Chancengleichheit und Durchlässigkeit.

In der Realität mangelt es vor allem an einer sozialen Durchlässigkeit. Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien studieren 77. Von 100 Kindern aus Facharbeiterfamilien sind es hingegen nur 23. Es gibt zwar auch einige Hochschulen, bei denen deutlich mehr nicht-traditionelle Studierende lernen wie zum Beispiel an der Westfälischen Hochschule. In der Regel prägt jedoch die familiäre Herkunft den Bildungsweg.

Deutschland ist im OECD-Vergleich nicht etwa ein Bildungsaufsteiger-, sondern ein Bildungsabsteiger-Land, so die Terminologie der OECD. Nur 19 Prozent der jungen Erwachsenen bis 34 sind höher gebildet als ihre Eltern, ein knappes Viertel hat einen niedrigeren Abschluss. Auch wenn hier wieder die klassische Sichtweise der OECD auf

die berufliche Bildung durchscheint und dual Ausgebildete als Bildungsabsteiger/innen gesehen werden, so ist doch die Tendenz bemerkenswert.

Langsam steigen die Zahlen der beruflich Qualifizierten, die ohne Abitur ein Studium aufnehmen. Aber mit rund 13.000 Eingeschriebenen, davon 8.800 alleine an der Fernuniversität Hagen, bleibt noch viel Potenzial nach oben. Der formale Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne Abitur war ein wichtiges Signal. Diese rechtliche Öffnung von Bildungswegen ist Voraussetzung, aber nicht hinreichend für eine tatsächliche Chancengleichheit. Zum einen ist die Öffnung nicht weitgehend genug, wenn vor allem Meister, Fachwirte und Techniker einen freien Zugang zum Studium haben, beruflich Qualifizierte in NRW mit dreijähriger Berufserfahrung aber nur zu einem fachaffinen Studiengang. Zum anderen müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen, das heißt Fragen der Anrechnung von Qualifikationen und Vorkenntnissen, von Struktur und Aufbau berufsbegleitender Studiengänge und von Unterstützungsangeboten sind noch nicht hinreichend umgesetzt.

Ein wichtiger Schlüssel liegt in den allgemeinbildenden Schulen. Ein zentrales Problem, das die PISA- Studien zu Tage gefördert haben, ist die hohe Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Seitdem bestätigen unterschiedliche Studien, wie zuletzt der Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung, regelmäßig, wie weit wir von einer echten Chancengleichheit entfernt sind.

Konkret muss es zukünftig für Jugendliche aus nichtakademischen Haushalten leichter werden, ein Studium aufzunehmen, müssen beruflich Qualifizierte einen leichteren Zugang zum Studium finden, aber umgekehrt zum Beispiel auch Studienabbrecher/innen einen fließenden Übergang in Ausbildung als Option sehen. Duale Studiengänge müssen gefördert werden; Hochschulen besser auf diverse Studierende mit unterschiedlichen Biographien vorbereitet werden. Die jetzigen rechtlichen Zugangsmöglichkeiten laufen vielfach ins Leere. Der direkte Zugang von Absolvent/innen der Aufstiegsfortbildung ist realitätsfern. Die Absolvent/innen befinden sich in der Familiengründungsphase und erwarten nun den Nutzen ihrer Bildungsinvestitionen und Bildungsanstrengungen. Für klassische Absolvent/innen einer dualen Berufsausbildung ist es schwer nach einer dreijährigen Berufstätigkeit zurück in den Lernmodus zu finden, zumal sie sich im Hochschulbetrieb wie ein Fremdkörper fühlen, von fehlenden fachlichen Voraussetzungen einmal abgesehen.

These 9:
Wir müssen auf Konkurrenzdenken und akademischen Dünkel verzichten und das Verhältnis von beruflicher und akademischer Bildung neu ordnen.

Damit der Weg von der Schule in den Arbeitsmarkt erfolgreich verläuft, müssen wir auf Konkurrenzdenken oder akademischen Dünkel verzichten, wir brauchen eine enge Verzahnung und offene Bildungswege. Der dualen Berufsausbildung und dem deutschen Fachkräftemodell muss nicht der Atem ausgehen, meint auch Martin Baethge von der Universität Göttingen. Unternehmen, Gewerkschaften und Politik sollten dagegen die Herausforderung annehmen für eine neu ausgerichtete Berufsbildungsreform. Diese müsste, so der Wissenschaftler, vor allem zwei Projekte in Angriff nehmen:

Einerseits eine Verbesserung der Durchlässigkeit von der Ausbildung zum Studium und umgekehrt, die auch mehr Studienberechtigten eine Ausbildung attraktiv machen könnte. Zum anderen wäre es nötig, endlich dem weitgehend brachgelegten Potenzial der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss und oder Migrationshintergrund durch systematische pädagogische Unterstützung vor und besonders während der Ausbildung zu qualifizierten Ausbildungsabschlüssen zu verhelfen. Hier gibt es erfolgreiche Beispiele wie den „Dritten Weg der Berufsausbildung“, der es Jugendlichen aus bildungsfernen Milieus ermöglicht hat, trotz multipler Problemlagen eine vollwertige duale Berufsausbildung abzuschließen.

Die Durchlässigkeit könnte, so Martin Baethge, eine produktive Alternative zur dysfunktionalen Konkurrenz zwischen Akademisierung und Berufsausbildung abgeben.

Auch der Wissenschaftsrat veröffentlichte 2014 Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung, in denen er eine funktionale Balance zwischen den beiden post-schulischen Bildungsbereichen empfahl. Der Rat sprach sich für eine erhöhte Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung in beide Richtungen aus. Er plädierte für eine stärkere Verzahnung der beiden Bildungsbereiche sowie den weiteren Ausbau und eine zusätzliche Ausdifferenzierung des Angebots an hybriden Ausbildungsformaten wie beispielsweise dem dualen Studium. Das Ziel sei ein postschulisches Bildungssystem, das vielfältige, individuell gestaltbare Bildungswege eröffne und den sich wandelnden Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarktes Rechnung trage.

These 10:
Im NRW-Berufskolleggesetz liegen schlummernde Chancen für mehr Durchlässigkeit.

Ein gewerkschaftlicher Vorschlag, der die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung voranbringen kann, ist im System der berufsbildenden Schulen bereits angelegt. So besteht zum Beispiel in NRW nach dem Berufskolleggesetz die Möglichkeit des gleichzeitigen Erwerbs der Fachhochschulreife. Damit verbessert sich die Studierfähigkeit und -möglichkeit der Absolvent/innen deutlich. Weniger Brückenkurse und nachgelagerte Unterstützungssysteme sind notwendig. Die Attraktivität der dualen Ausbildung kann deutlich gesteigert werden, weil ein so ausgebildeter Jugendlicher in der gleichen Zeit nicht nur einen Berufsabschluss, sondern auch die fachgebundene und die allgemeine Hochschulreife erwerben kann. Doch diese Möglichkeit, die im Zuge der Zusammenlegung von Kollegschule und dem berufsbildenden Schulwesen eingeführt wurde, findet in der Realität kaum Umsetzung. Hierfür gibt es mehrere Gründe: Zum einen sah die Wirtschaft diese Ausbildungsvariante eher als Bedrohung denn als Chance. So hatten die Betriebe kein Interesse daran, die gut vorqualifizierten Jugendlichen zu verlieren. Kammern und Arbeitgeberverbände haben dieses Modell nie ernsthaft propagiert – im Gegenteil. Zum anderen kennen die Jugendlichen diese Möglichkeit nicht. Woher auch?

Es wird Zeit, das Berufskolleggesetz, wie es in NRW heißt, endlich mit Leben zu füllen. Hier hilft eventuell die demografische Entwicklung. Arbeitgeber und Kammervertreter sehen darin nun, da erste Branchen über Besetzungsprobleme klagen, eine Möglichkeit die Attraktivität der dualen Ausbildung zu erhöhen. Die Durchlässigkeit wird nicht mehr als Bedrohung, sondern als Chance wahrgenommen. Für viele Jugendliche hängt die Berufswahl nicht nur vom Einkommen ab, sondern auch davon, welche Perspektiven ihnen geboten werden. Gute Arbeit, eine auskömmliche Entlohnung und realistische Aufstiegsperspektiven bilden die Eckpfeiler des magischen Dreiecks im Kampf um die besten Köpfe. Hier müssen die Arbeitgeber ihre Hausaufgaben machen.

Imagekampagnen lösen keine Probleme. Das muss auch das Handwerk leidvoll erfahren.

These 11:
Die hohe Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft resultiert auch aus dem Ineinandergreifen von beruflicher und akademischer Bildung.

Die Arbeitswelt verändert sich und damit auch die Anforderungen an das Bildungssystem. Der langjährige Strukturwandel führt zu veränderten individuellen Ansprüchen und einer veränderten Arbeitskraftnachfrage. Auch die Tätigkeiten selbst verändern sich. Gerhard Bosch vom Institut Arbeit und Qualifikation beschreibt, dass in neuen flexibleren Organisationsformen die Anzahl der Hierarchieebenen verringert und Koordinierungsaufgaben auf die ausführende Ebene verlagert wurden. Der funktionale Aufgabenzuschnitt ist vielfach durch eine prozessorientierte Arbeitsorganisation ersetzt worden, in der Beschäftigte meist im Team mit unterschiedlichen Berufen arbeiten. Betriebliche Reorganisationsprozesse führen zudem häufig zu einem Arbeitsplatzwechsel im Unternehmen oder in ein anderes Unternehmen. Oft gehe die Initiative zu einem Tätigkeits- oder Unternehmenswechsel auch von den Beschäftigten aus, die sich beruflich verbessern wollen oder aus privaten Gründen einen neuen Arbeitsplatz suchen, so Bosch.

Darüber hinaus macht auch die Digitalisierung vor kaum einer Branche halt. Das Stichwort heißt Arbeit 4.0. Kurz gesagt: Die Berufswelt wird komplexer; es ist immer mehr Wissen erforderlich. Gerhard Bosch empfiehlt, durch eine kontinuierliche Modernisierung der Berufsbilder Innovationsprozesse in den Betrieben anzustoßen.

Die Fachkräftesicherung wird auf Dauer nur gelingen, wenn sie gleichberechtigt auf beiden Säulen – der beruflichen und der akademischen Ausbildung – beruht. Wir vertreten die These, dass die hohe Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auch aus dem Ineinandergreifen von beruflicher und akademischer Bildung resultiert.

Fazit:
Das Menschenrecht auf umfassende Bildung und Ausbildung ist und bleibt die Leitmarke gewerkschaftlicher Bildungspolitik.

Unsere Überlegungen in Form der aufgestellten Thesen sollen einen Beitrag zum Diskurs leisten, ohne abschließend alle Fragen des Themas bearbeitet zu haben. Wir erheben keinen wissenschaftlichen Anspruch an diesen Essay. Viele weitere Aspekte gehören darüber hinaus in die Debatte, so zum Bespiel die Frage, welche Wirkungen Geschlecht und Migrations- hintergrund zusammen mit dem Faktor der sozialen Herkunft auf die Bildungswege haben, oder die Frage, welche Rolle Bildungsabbrüche spielen und welche Therapien denkbar sind, schließlich die Frage nach der Durchlässigkeit innerhalb der Hochschule, vor allem vom Bachelor in den Master. Dieser Beitrag soll also nur ein Anstoss sein, der weitere und differenzierte Diskussionen unterstützen möge.

Versuchen wir ein Fazit: Natürlich ist Wissen ökonomisch relevant, es ist notwendig den technologischen Herausforderungen entsprechende Qualifikationen gegenüber zu stellen. Der Blickwinkel, aus dem wir als Gewerkschafter/innen über Bildungswege und Bildungschancen diskutieren, ist jedoch ein anderer: Das Recht auf umfassende Bildung und Ausbildung als Menschenrecht ist, unabhängig von der Herkunft, Leitmarke gewerkschaftlicher Bildungspolitik. Hier darf es in der Betrachtung auch keinen Unterschied zwischen der hochschulischen und beruflichen Bildung geben. Entscheidend aus Sicht der Gewerkschaften ist und bleibt, dass jeder junge Mensch die gleichen Chancen auf dem Weg durch das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt hat. Diesen gilt es zu gestalten, das Ziel einer Chancengleichheit fest vor Augen.

Quellen

Anbuhl, Matthias: „Kein Anschluss mit diesem Abschluss?“ DGB-Expertise zu den Chancen von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss auf dem Ausbildungsmarkt – Eine Analyse anhand der Zahlen der DIHK-Lehrstellenbörse vom 26. März 2015. Baethge, Martin: Analyse statt Aufregung, DSW Journal 3/2014.

Borgwardt, Angela: Zu viel oder zu wenig Akademisierung?! Diskussionspapier auf Basis eines Fachgesprächs aus der Reihe Hochschulpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Managerkreis am 7. Mai 2014.

Bosch, Gerhard: Facharbeit, Berufe und berufliche Arbeitsmärkte, Ausarbeitung der Keynote auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN) zum Thema „Weiterentwicklung von Berufen“ im Bundesinstitut für berufliche Bildung am 17/18.4.2012.

Enggruber, Ruth: „Ausbildung für alle“ – inklusiv verstandene Reformidee „inklusive Berufsausbildung“ im Spiegel von theoretischen Überlegungen und Expertenmeinungen, unveröffentlichtes Manuskript 2014.

Gehring, Kai: Das Phantom Akademisierungswahn, in: taz 08.05.2015

Hannack, Elke: Schluss mit dem „Kampf um die Köpfe“, Hochschule und berufliche Bildung brauchen eine gemeinsame Reformperspektive – und keine Systemkonkurrenz, in: http://www.gegenblende.de/-/X8L

IT NRW: https://www.it.nrw.de/

Nida-Rümelin, Julian in: Große Halbuer, Andreas, Heid, Tatjana und Plewnia , Ulrike: Alle wollen studieren - und wer backt jetzt die Brötchen?, Focus 24 (2014), sowie: http://www.julian.nida-ruemelin.de/

Rauner, Felix: Demarkationen zwischen beruflicher und akademischer Bildung und wie man sie überwinden kann, A+B Forschungsberichte Nr. 7/2010.

Schmidt, Marion: Müssen jetzt alle studieren? Die Zeit, 06.11.2014.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung, 11.04.2014.

Forum 2

Duales Studium und Rolle der berufsbildenden Schulen

// Zusammenfassung //

- **Barbara Hemkes**, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
- **Sonja Staack**, GEW-Hauptvorstand, Frankfurt
- **Ansgar Klinger**, GEW-Hauptvorstand, Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung, Ffm.

Moderation: Martin Neumann, GEW Hamburg
Berichterstattung: Erich Katterfeld, GEW B-W

Beschreibung: Bleibt es ein Zukunftsmodell oder ist das duale Studium eine bildungspolitische Baustelle? Wie haben sich duale Studiengänge in den vergangenen Jahren entwickelt und welche Rolle nehmen die berufsbildenden Schulen in diesem Modell ein? Welche Position nimmt die GEW zur Rolle der beruflichen Schulen im dualen Studium ein? Diese Fragen sowie eine mögliche Positionierung der GEW werden in diesem Forum diskutiert.

1. Vortrag: Barbara Hemkes, Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB, Bonn
informiert über das Interesse des BIBB hauptsächlich an den Anforderungen an die Gestaltung dualer Studiengänge, an den Lernort Betrieb und an die Abstimmung mit den Beteiligten (Betrieb – Hochschule). Zwei Tendenzen sind zu beobachten:

a) Akademisierung der beruflichen Bildung und
b) Verberuflichung der hochschulischen Bildung.

Kennzeichen eines dualen Studienganges sind: mindestens zwei Lernorte: Betrieb und Hochschule + evtl. berufsbildende Schulen und überbe¬triebliche Ausbildungsstätten. Dies führt zu großen zeitlichen Belastungen der Studierenden. Ferner wurde die Frage nach der Akkreditierung der dualen Studiengänge aufgeworfen.

2. Vortrag: Ansgar Klinger, GEW-Hauptvorstand,
fokussiert auf den Diskussionsstand innerhalb des DGB und der GEW und auf die noch offenen Fragestellungen wie des Rechtsverhältnisses des dualen Studiums – öffentliches vs. privates Recht – , des Arbeitnehmerstatus‘ der Studierenden, des Verhältnisses der dualen Studiengänge zu den beruflichen Ausbildungsfortbildungen (Meister/Techniker), der möglichen Verdrängung betrieblicher Ausbildungsplätze, ungeklärter Karrierewege etc.

3. Vortrag: Sonja Staack, GEW-Referentin im Organisationsbereich Hochschule und Forschung
gibt eine Einschätzung der dualen Hochschule aus Sicht des Organisationsbereichs.

Duale Studiengänge brauchen Qualitätsstandards. Auf die Gefahr einer auf die Interessen eines Einzelbetriebes ausgerichteten Ausbildung wird hingewiesen. Die Erfahrungen der betrieblichen Seite sowie der Berufsschulen mit dualem Lernen sollten einbezogen werden. Die Belastungen der Studierenden durch Zeitaufwand, mehrere Lernorte und Finanzen sind beträchtlich.

Diskussionsthemen:
- Vollwertigkeit des dualen Studiums
- Verhältnis Berufsschule zu dualer Hochschule
- bessere Ausbildung durch duale Studiengänge?
- Mischung beider Welten (Berufsschule – duale Hochschule); Schnittstelle Berufsschule und duale Hochschule?
- Kampf um Köpfe zwischen Hochschulen, dualen Hochschulen und Berufsschulen
- Bedeutungszuwachs für die Berufsschule und duale Hochschule als Auslaufmodell
- Konkurrenz der Träger (Kommunen – Länder)
- Widerspiegelung der Anforderungen der Wirtschaft durch die duale Hochschule.

Fazit:

Es verweist offensichtlich auf die derzeitige Bedeutung der Berufsschule im Zusammenhang mit der dualen Hochschulausbildung, dass die Berufsschulen in den Vorträgen fast nicht erwähnt wurden.

Auftrag: Die beruflichen Schulen müssen definieren und sagen, welche Rolle sie haben und was sie besser machen können!

Links zum Forum 2

www.gew.de/berufliche-bildung/akademisierung-der-beruflichen-bildung/aktuelles/
> Präsentation Barbara Hemkes: Duales Studium – Formen, Inhalte und Verbreitung
> Präsentation Ansgar Klinger: Duales Studium und Rolle der berufsbildenden Schulen

Forum 3

Attraktivität der dualen Berufsausbildung stärken

// Zusammenfassung //

- **Matthias Anbuhl**, DGB Bundesvorstand, Berlin

Moderation: Ralf Hähnel, GEW Sachsen

Berichterstattung: Martina Hanns, GEW Sachsen

Das Forum 3 setzte sich in einer sehr angeregten Diskussion mit der Attraktivität der dualen Ausbildung auseinander. Einführende Betrachtungen machten den Teilnehmer*innen sehr schnell deutlich, dass duale Ausbildung einen höheren Stellenwert besitzt, als es im Rahmen der Akademisierungsdiskussion spürbar ist. Die Berufsausbildung in Deutschland besitzt im internationalen Maßstab einen hohen Stellenwert. Immer wieder werden seitens der Vertreter beim GEW-Hauptvorstand internationale Gäste betreut, die Einblick in das System der dualen Berufsausbildung erlangen möchten und trotzdem gerät dieses System immer mehr unter Druck. Infolge des demographischen Wandels können Betriebe offene Stellen (ca. 41.000) derzeit nicht mehr besetzen. Es gibt Schwierigkeiten in der Vermittlung von Jugendlichen mit Problemen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann auch noch niemand konkret sagen, wie viele junge Geflüchtete sich in Deutschland aufhalten, die vielleicht in eine Ausbildung übernommen oder unmittelbar dem „Facharbeitermarkt“ zur Verfügung stehen werden. 2014 waren es in Deutschland 500.000 Studienanfänger*innen, davon 90.000 Bildungsanfänger*innen aus anderen Ländern. Diesen standen 518.000 Anfänger*innen im dualen System gegenüber, eine doch sehr attraktiv-hohe Anzahl, die zugleich Beweis dafür ist, dass die duale Ausbildung durchaus ein gutes Fundament für nachfolgende, weiterführende Qualifizierungen legt. Und dennoch – nur 21 Prozent der Betriebe bilden aus. Nur jeder dritte Betrieb bietet einem Hauptschüler die Möglichkeit, einen Lehrberuf zu erlernen. Ein weiterer Trend zeichnet sich ab, denn zwei von drei Ausbildungsstellen stehen im Bereich Industrie und Handel für einen jungen Menschen mit Hauptschulabschluss gar nicht zur Verfügung. 1,3 Millionen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren sind ohne Qualifizierung, natürlich regional unterschiedlich. Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, wie man das duale Ausbildungssystem stärken kann. Im Forum 3 entfachte sich eine sehr intensive Diskussion, die in nachfolgenden Schwerpunkten zusammengefasst werden sollen.

Dem Standpunkt vieler Eltern, „…Studium an einer Hoch- oder Fachhochschule um jeden Preis, damit es meinem Kind einmal besser gehen möge..“, ist mit sachlichen Argumenten, die die Perspektiven der dualen Ausbildung begründen, zu begegnen. Verstärkt sollte darauf geachtet werden, was die Jugendlichen wirklich interessiert. Dazu sind die Angebote im Bereich der Praktika zu erweitern und zu verbessern. Betriebe/Firmen sollten Entwicklungsmöglichkeiten im Unternehmen aufzeigen, Perspektiven eröffnen und auch finanzielle Voraussetzungen schaffen. Gemeint sind damit angemessen-motivierende Ausbildungsvergütungen und im Anschluss an die Ausbildung z.B. eine Bezahlung mindestens „nach Tarif“ als auch der Möglichkeit des Aufstieges durch Qualifizierung. Die große Differenz bei der Vergütung für tertiär gebildete Arbeitnehmer*innen, die durchschnittlich 75 Prozent mehr Entgelt erhalten, als beruflich Gebildete, muss verringert werden. Zusammenfassung der Ergebnisse:

1. Informationsdefizite abbauen

- Elternarbeit muss gezielter erfolgen. Dabei sind frühzeitig die verschiedenen Bildungswege zu erläutern,
- Berufsorientierung soll sehr zeitig beginnen
- Um die Berufsorientierung zu unterstützen, sind gezielte Praktika hilfreich. Dabei sollen diese qualitativ anspruchsvoll sein.
- Eine Berufsorientierung ist für alle Schüler*innen nutzbringend, auch für diejenigen, die an allgemeinbildenden Gymnasien lernen.

2. Durchlässigkeit verbessern

- Doppelqualifizierungen sollen angeboten und anerkannt werden
- Bereits erworbene Abschlüsse sind einzubeziehen und anzurechnen.
- Durchlässigkeit muss von „oben“ nach „unten“ und umgekehrt möglich sein. Damit kann der Zugang für Abiturient*innen/Studienabbrecher*innen zu einem dualen Ausbildungsberuf erleichtert werden. Gleichfalls

soll für Absolventen der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Weg zu einem Studium offen stehen.

- Erworbene Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sollen einbezogen werden
- Formal, nonformal sowie informell erworbene Kompetenzen sind zu berücksichtigen
- Es ist zu empfehlen, Aufstiegsfortbildungen systemischer zu konzipieren, um diese gezielter anbieten zu können.

3. Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen

- Individuelle Interessen sind für eine erfolgreiche Ausbildung von großer Bedeutung.
- Jugendliche brauchen eine entsprechende Ausbildungsvergütung.
- Die Arbeitszeit ist wesentlich für junge Menschen.
- Umgangsnormen in der Berufsschule und im Betrieb sind wichtig.
- Im Berufsleben ist die Verdienstperspektive entscheidend.
- Die Entfernung zur Berufsschule ist zu beachten.
- Wir brauchen für eine gute duale Ausbildung kompetentes Ausbildungs- und Lehrpersonal.
- Perspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten im Betrieb sind von entscheidender Bedeutung.

4. Unterstützungssysteme

- Ein engmaschiges Netz an Beratungsstellen wird benötigt, besetzt mit sachkompetenten Berater*innen.
- Förder- und Coaching-Systeme werden benötigt, die allen Jugendlichen, besonders denjenigen mit Problemen, Unterstützung bieten. Zielstellung ist dabei der erfolgreiche Abschluss der Ausbildung.

Aus all den hier benannten Forderungen sind aber auch Zielstellungen für die GEW abzuleiten.

Um sich für die duale Ausbildung stark machen zu können, sollten GEW-intern alle, die mit Aus- und Weiterbildung im weitesten Sinne zu tun haben, einbezogen werden. Es ist ratsam, dass die einzelnen Fachgruppen enger zusammenrücken und gemeinsam abgestimmte Zielstellungen formulieren. Gemeint und zugleich angesprochen sind insbesondere die BFG Gymnasien, die BFG Berufsbildende Schulen als auch der Bereich Hochschule und Forschung. Der Absprache- und Koordinierungsbedarf der GEW mit den DGB-Partnergewerkschaften wird an dieser Thematik ebenso deutlich.

Die duale Ausbildung in Deutschland macht es möglich, dass junge Menschen mit solide erworbenen Kompetenzen, auf denen es sich durch die vielfältigsten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen aufbauen lässt, in das Berufsleben zu starten als auch persönlich-anspruchsvolle, perspektivreiche, berufliche sowie private Ziele anzustreben und zu erreichen. Besonders wir Berufsschullehrer*innen sollten uns dazu bekennen und offen/selbstbewusst für diesen Ausbildungsweg eintreten/werben.

Forum 4

Akademisierung in der Berufsbildung und schwächere Jugendliche

// Zusammenfassung //

- **Dr. Regina Dionisius**, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
- **Horst Linke**, GEW Hamburg

Moderation: Klaus Graus , GEW Saarbrücken

Berichterstattung: Detlef Duwe, GEW Niedersachsen

Beschreibung: Ausbildungsinteressierte Jugendliche brauchen ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen. Dies ist nicht immer gegeben. Dabei bleiben die vermeintlich schwächeren Schülerinnen und Schüler trotz behauptetem Fachkräftemangel immer häufiger unversorgt. Welche Konsequenzen und Strukturveränderungen müssen sich ergeben, um diesen Jugendlichen gerecht zu werden?

1. Vortrag: Dr. Regina Dionisius, Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB, Bonn
Frau Dr. Dionisius zeigt in ihrem Vortrag die Sicht der amtlichen Statistik auf. Der Trend zur Akademisierung ist vorhanden, aber statistisch weniger dramatisch als häufig dargestellt. Die Chancen für schwächere Jugendliche sind abhängig von Land/Region. Aus der Statistik können die folgenden Ansätze wirksamer Reformen zur Reduzierung des Anteils von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss abgeleitet werden:

- Einleitung [Fortführung] einer konsequenten Inklusionspolitik
- Stärkung schulischer Entwicklungsunterschiede durch Zusammenführung unterschiedlich anspruchsvoller Bildungswege
- Öffnung der Schule gegenüber der Arbeitswelt
- Verstärkte Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Sicherung der Vergleichbarkeit von Anforderungen für das Erreichen des Hauptschulabschlusses
- Frühzeitiges Eingreifen durch fördernde Maßnahmen

2. Vortrag: Horst Linke, GEW Hamburg
Horst Linke stellt in seinem Vortrag das “Hamburger Ausbildungsmodell“ und der Berufsorientierung vor. Die Berufsorientierung beginnt in der 8. Klasse und ist auf mehrere Schuljahre angelegt. Die Stadtteilschulen arbeiten dabei eng mit den berufsbildenden Schulen und der Berufsberatung zusammen. Berufsschullehrer/-innen übernehmen vor allem in den Jahrgangsstufen 9 und 10 der Stadtteilschulen Aufgaben im Bereich der Berufs- und Studienorientierung. Dadurch werden u. a. Erfahrungen aus der Ausbildungspraxis und der Zusammenarbeit mit

Akademisierung in der Berufsbildung und schwächere Jugendliche

// Thesen von Horst Linke //

- Demografische Entwicklung, Tendenzen zur Akademisierung und daraus evtl. resultierender Fachkräftebedarf ändert nichts an der Situation benachteiligter Jugendlicher.
- Ohne weitere Anstrengungen im „Übergangssystem“ wird die Ausbildungsnot zunehmen.
- Das Versprechen muss lauten: „Zukünftig soll kein Jugendlicher alleine gelassen werden, keiner soll verloren gehen“.

Betrieben im Rahmen von Lernortkooperationen eingebracht.

Die Lehrkräfte bilden zudem die Schnittstelle zur Berufsberatung, die durch verschiedene Informations- und Beratungsangebote die Berufsorientierung insbesondere zu den Themen Ausbildung und Arbeit unterstützt. Ziel ist es, die Jugendlichen in ein duales Ausbildungsverhältnis überzuleiten. Auch ein Übergang in eine geförderte Ausbildung ist möglich. Für Jugendliche, die trotz Ausbildungsreife und mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche keinen Ausbildungsplatz im dualen Ausbildungssystem gefunden haben, findet das erste Ausbildungsjahr in der berufsbildenden Schule und einem kooperierenden Betrieb oder in überbetrieblichen Ausbildungsstätten statt.

Fazit:

Die Akademisierung in der Berufsbildung schafft keine nennenswerten zusätzlichen Ausbildungsplätze für schwächere Jugendliche. Um dieser Gruppe gerecht zu werden, bedarf es einer guten Berufsorientierung in Verbindung mit der Unterstützung in der Ausbildung und eines ausreichenden Angebotes an Ausbildungsplätzen und ggf. staatlich geförderter Ausbildungsangebote.

Auftrag: Die beruflichen Schulen müssen sich bei der Ausgestaltung der Beruforientierung stärker einbringen und eine enge Verzahnung mit schulischer und beruflicher Bildung anstreben.

Link zum Forum 4

www.gew.de/berufliche-bildung/akademisierung-der-beruflichen-bildung/aktuelles/

> Präsentation Dr. Regina Dionisius: Akademisierung in der Berufsausbildung und schwächere Jugendliche – Sicht der amtlichen Statistik

Dazu ist es notwendig,

- die Berufsorientierung anschlussorientiert auszurichten und qualitative Standards festzulegen,
- die Ausbildungsvorbereitung anschlussorientiert auszurichten, zu individualisieren und zu dualisieren
- die Übergänge zu begleiten und verbindliche Standards für die regionale Kooperation aller beteiligten Akteure festzulegen,
- das Ausbildungsplatzangebot der Nachfrage anzupassen und für Jugendliche mit Förderbedarf öffnen,
- zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes staatlich finanzierte betriebsnahe Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen,
- eine schulnahe regionale Beratung und Vermittlung aufzubauen.

Forum 5

Erzieher/-innenausbildung an der Fachschule oder Hochschule?

// Zusammenfassung //

- **Norbert Hocke**, GEW-Hauptvorstand, Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit, Frankfurt

Moderation: Almut Paulsen, GEW Berlin

Berichterstattung: Britta Delique, GEW Niedersachsen

Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an die Fachschule oder mit akademischem Abschluss, wie der Bachelor beispielsweise, waren Diskussionsgegenstand des Forums. Ausgehend von dieser Fragestellung wurden zuerst generelle Probleme in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung, verbunden mit der Realität besprochen, und im Anschluss daran Forderungen entwickelt, die durch die GEW vertreten werden sollen.

Norbert Hocke wies als Leiter des Forums darauf hin, dass uns die vollschulische Ausbildung in der Realität noch lange begleiten wird. Es gibt einzelne Studiengänge und Modellversuche statt vollschulischer Ausbildung, die dies zwar durchbrechen, die Realität ist jedoch eine andere: Die fachlich kompetenten und erfahrenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer schilderten, dass die vollschulische Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher derzeit durch eine steigende Nachfrage der Einrichtungen zu sehr abstrusen Situationen führen. Es gibt in der Bundesrepublik unterschiedliche Modelle, die z. B. die nicht sehr große Attraktivität der Ausbildung steigern sollen, z.B. Versuche die Ausbildung zu dualisieren, eine Entlohnung oder Ausbildungsvergütung, die es im Moment noch nicht gibt und die die sehr lange Ausbildung attraktiver macht.

Der Studiengang frühkindliche Pädagogik (nur in NRW) hatte die Intention, die Fachlichkeit der Erzieher und Erzieherinnen zu steigern, damit verbunden, auch eine endlich der Arbeit angemessene Besoldung zu erreichen. Die Realität ist anders: Eine schlechte Bezahlung oder nur Teilzeitarbeitsangebote für die Frühkindheitspädagoginnen und -pädagogen mit Universitätsabschluss führen dazu, dass es wenig Nachfrage nach diesem Beruf gibt.

Der Studiengang, der Lehrerinnen und Lehrer für die Ausbildung an den Schulen qualifizieren soll, ist nur an drei Universitäten im ganzen Land vertreten, demzufolge ist die Nachfrage nach Lehrkräften höher als das Angebot, was an vielen Schulen auch zu „kreativen“„ Lösungen führt, die der anspruchsvollen Ausbildung nicht gerecht werden.

Der Anspruch viele Praxisinhalte in diese vollschulische Ausbildung zu integrieren, führt auch dazu, dass die ausbildenden Lehrerinnen und Lehrer viel zusätzliche Zeit investieren müssen. Die Besuche von Einrichtungen, in denen die zukünftigen Erzieherinnen und Erzieher lernen sowie Treffen des Einrichtungspersonals mit Lehrerinnen und Lehrern für Absprachen bezüglich der Ausbildungsinhalte in der Praxis müssen zusätzlich organisiert werden. Dies erfordert großes zeitliches Engagement und eine Fachlichkeit seitens der Lehrkräfte über die normale Unterrichtsbelastung hinaus.

Eine duale Ausbildung für die Erzieherin oder den Erzieher wird in einigen Ländern erprobt und ist durch die Ausbildungsvergütung attraktiver, wird jedoch (noch?) nicht als zielführend angesehen.

Es gibt derzeit sehr viele private Träger, die die schulfachliche Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher gegen Bezahlung anbieten, auch im Bereich der Nachqualifizierung ist diese der Fall. Wie dabei die geforderte Qualität und Fachlichkeit der zukünftigen Erzieherinnen und Erzieher gewährleistet wird, ist oft nicht nachvollziehbar. Eine fortlaufende Qualitätskontrolle in der praktischen Ausbildung wird gefordert.

Auch die unterschiedlichsten Einstiegsvoraussetzungen für den Beruf – Realschulabschluss oder Abitur, eventuell ein Bachelor- wurden kontrovers diskutiert. Die Frage nach dem Einstiegsalter bleibt schwierig, denn Lebenserfahrung oder ein vorab erlernter Beruf, können in diesem Metier mehr als vorteilhaft sein.

Aus den angesprochenen Problemen sollte die GEW folgende Forderungen vertreten:

- Eine angemessene Bezahlung sowohl in der Ausbildung also auch im anschließenden Arbeitsleben muss endlich realisiert werden.
- Wertschätzung für die in diesem Bereich arbeitenden Menschen muss selbstverständlich sein, das kann auch durch eine angemessene Bezahlung teilweise erfolgen.
- Die Qualität der Ausbildung muss regelmäßig überprüft und gewährleistet sein.
- Die speziellen und zeitlichen Arbeitsbelastungen bei den Auszubildenden und den ausbildenden Lehrerinnen und Lehrern in der vollschulischen Ausbildung erfordern anzupassende Stundentafeln.

Forum 6

Weiterbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Weiterbildung an Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium

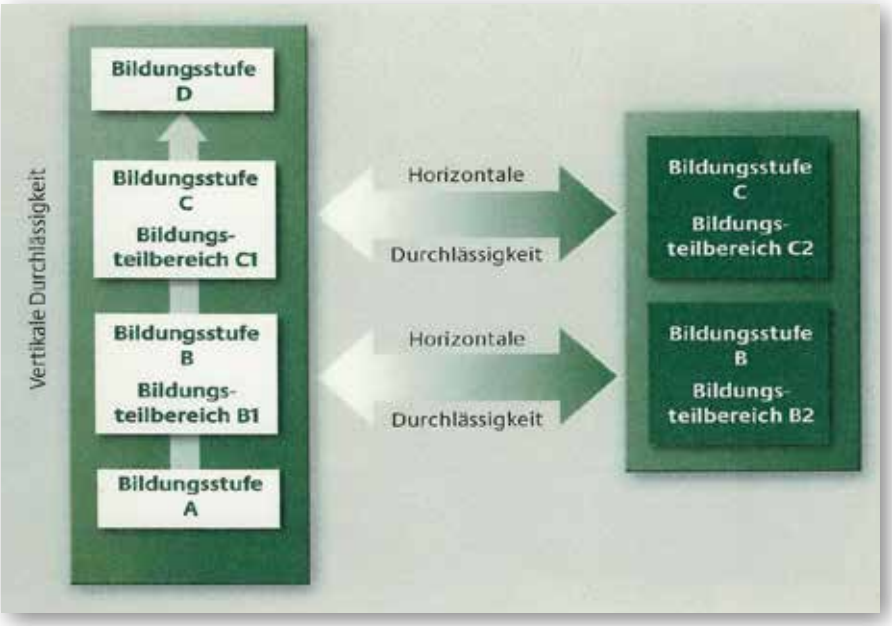
// Zusammenfassung //

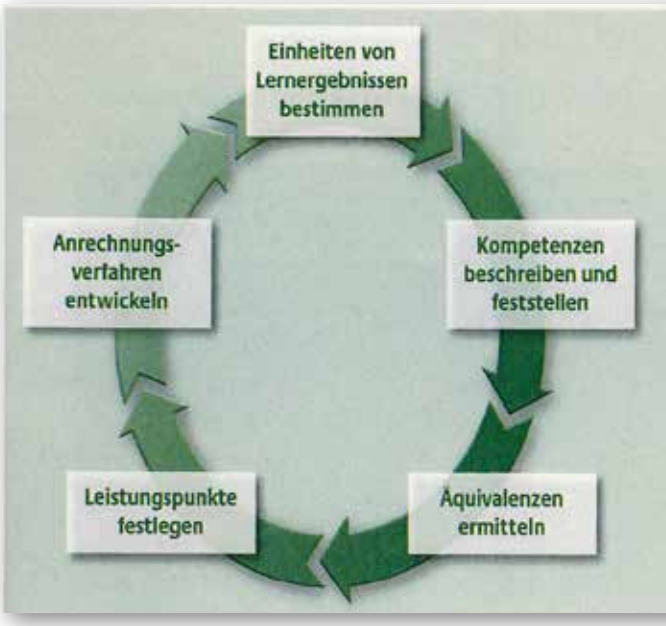
- **Thomas Ressel**, IG-Metall Vorstand, Frankfurt
- **Wolfgang Hill**, Bundesarbeitskreis der Fachschulen Technik, Lahnau

Berichterstattung: Wolfgang Butterbach, GEW Rheinland-Pfalz

Vor dem Hintergrund verschiedener Entwicklungen des Zusammenwachsens auf europäischer Ebene wurde im Jahre 2008 der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) vereinbart, der seitdem in den einzelnen Mitgliedsländern auf die nationale Situation übertragen wird. Nachdem nun auch seit Mai 2013 der Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) auf den Weg gebracht wurde, können jetzt unter Maßgabe der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung Kompetenzzuordnungen vorgenommen werden, die die formalen Abschlüsse in ganz Europa vergleichbar machen werden. Darauf aufbauend bieten sich jetzt schon nach Thomas Ressel eine große Zahl an beruflichen Aufstiegsqualifizierungsmaßnahmen an, die entsprechend der Zuordnung von „Wissen“, „Fertigkeiten“ und „Kompetenz“ zu den entsprechenden Niveaus von EQR und DQR für beruflich Qualifizierte eine sinnvolle Alternative zu einem Studium darstellen. So entsprechen z. B. die Fachkaufleute, Fachwirte oder Industriemeister dem Niveau 6 und damit einem Bachelorabschluss der Hochschulen: Die teilnehmerstärksten Fortbildungsabschlüsse qualifizieren zur Führungskraft (Industriemeister, Fachwirte, Betriebswirte, Professionals). Selbst zur Erreichung des Niveaus 7 (Master oder gleichgestellte Abschlüsse) stellt die Aufstiegsqualifizierung einen gangbaren, attraktiven Weg dar, an dem man bei der IG-Metall auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung des DQR und letztlich hin zu einer erweiterten Beruflichkeit arbeite.

An dieser Stelle konnte und wollte sich Wolfgang Hill auch für die an den Fachschulen ausgebildeten staatlich geprüften Techniker/innen einbringen. Er zeigte auf, dass die OECD die Fachschulausbildung im tertiären Bildungsbe-





reich verortet. Auch im Bildungsbericht 2014 der KMK sei das noch so gewesen, in ihren neueren Veröffentlichungen jedoch nehme die KMK eine Einordnung in den sogenannten „postsekundären" Bereich vor und sorge damit für einen „beruflichen Bildungs-Wirrwarr" hinsichtlich der gleichwertigen Anerkennung beruflicher Bildung. Mit einer Zuordnung zum „postsekundären" Bereich seien dann außerdem auch Fördergelder der EU und Deutschlands, die für den tertiären Bereich vorgesehen sind, für die Fachschulen nicht erreichbar, kritisiert Wolfgang Hill. „Das stellt eine klare Diskriminierung der schulischen beruflichen Weiterbildung dar", betont er.

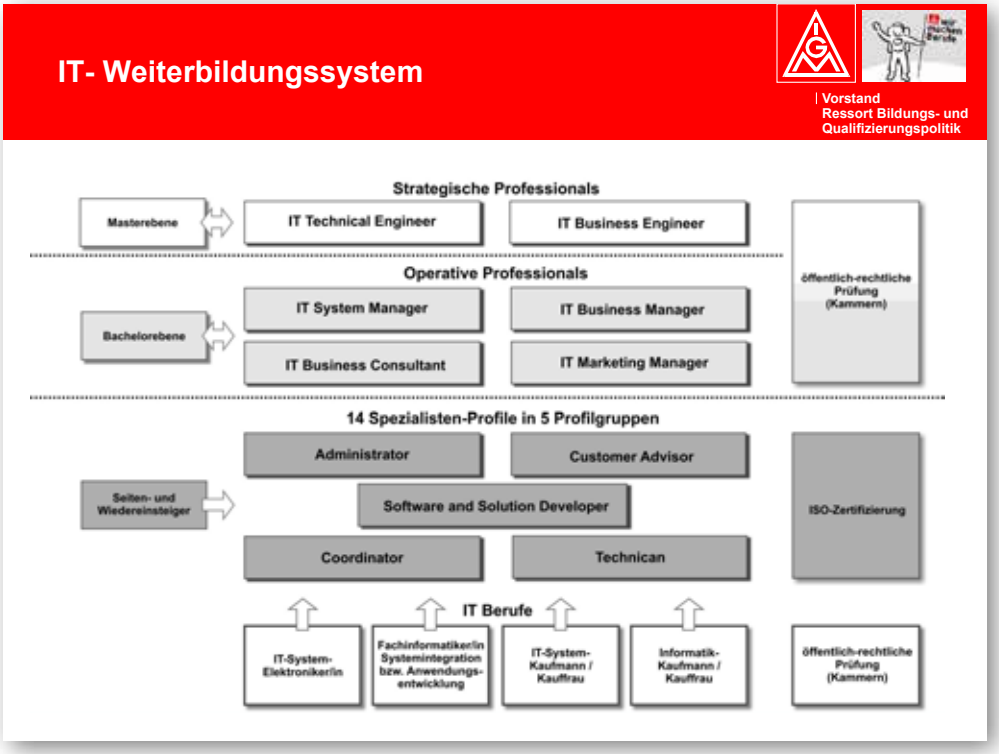
Da der EQR und der DQR aber die Technikerabschlüsse gleichwertig im Niveau 6 verorten, müsse auch in der beruflichen Weiterbildung ein tertiärer Bereich eingerichtet werden. Er zitiert dann auch die Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU), die eine „Zusammenführung der Bildungssysteme in ein gemeinsames System" fordere, sowie den Wissenschaftsrat, der einen Umbau des gesamten Bildungssystems und insbesondere eine größere Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung in beide Richtungen anmahne. Dabei komme es darauf an, eine Analyse der verschiedenen Aus-bildungen hinsichtlich ihrer Kompetenzen zu erarbeiten, die sodann über Äquivalenz- bzw. Niveauentscheidungen eine Anrechnung von erbrachten Leistungen bzw. erworbenen Kompetenzen unter der Maßgabe der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner hochschulischer Bildung unter Verkürzung des Studiums ermögliche (siehe ANKOM-Projekte: „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge").

Ein dieser Art geordnetes und strukturiertes System könnte denjenigen, die erst später eine Aufstiegsqualifizierung angehen können oder wollen, eine lebensoffene Berufsperspektive bieten und jenen, die zunächst einen für sie nicht richtigen Weg eingeschlagen hatten – wie etwa Studienabbrechern -, einen unproblematischen Umstieg mit gering(er)en Zeitverlusten ermöglichen.

Angesichts des beträchtlichen Wandels, der Arbeitswelt und der Gesellschaft im Ganzen wird sich auch das Bildungssystem gravierenden Anpassungsprozessen unterwerfen müssen. Zu fordern ist deshalb mehr denn je ein Aufbrechen der Bildungssackgassen, ein flexibleres System, das auf die raschen Veränderungen auch flexibler in seinen Bildungsangeboten reagieren kann. Die Menschen brauchen zukünftig mehr noch als heute nach einer vollqualifizierenden Erstausbildung lebenslang Möglichkeiten der Aufstiegsqualifizierung wie der Umorientierung in beruflichen Zusammenhängen. Schon jetzt gibt es im einfach qualifizierten Bereich – und nicht nur dort - eine Vielzahl von Tätigkeiten und Berufen nicht mehr, weil sie sich durch technische Innovationen überholt haben.

Thomas Ressel weist hier auch darauf hin, dass Berufsbilder sich noch stärker wandeln werden und die Nachfrage nach Weiterbildung, Fortbildung und Umschulung entsprechend wachsen wird.

Eine Art Berufslaufbahnkonzept, ein System der Fort- und Weiterbildung wäre zu entwickeln; das würde auch die von Wolfgang Hill eingeforderte Durchlässigkeit begünstigen. Allerdings wird gerade bei der Überblicksdarstellung solcher Laufbahnkonzepte das Problem der unterschiedli-



chen Begrifflichkeiten und damit einhergehend eine falsche Zuordnung von Abschlüssen deutlich: So entspricht der „Technican“ nicht dem Kompetenzniveau des deutschen Staatlich geprüften Technikers, der auf der Ebene des „Operative Professionals“ rangiert und damit dem DQR 6 entspricht. Deshalb betonen beide Referenten die Forderung nach einem einheitlichen System für solche Laufbahnkonzepte.

Damit geht ebenso die Forderung einher, eine fortlaufende Berufsorientierung zu etablieren, nicht nur in den Klassen 8 oder 9, sondern auch in den gymnasialen Oberstufen, in den berufsbildenden Schulen und auch an den Hochschulen, damit eine bessere Information über Möglichkeiten allgemeiner und beruflicher Bildungswege und der wechselseitigen Übergänge erreicht wird und damit eine bessere Grundlage für Bildungsentscheidungen. Da diese Entscheidungen nach den allgemeinbildenden Abschlüssen zu rund 50 Prozent von Eltern mitgetroffen werden, sind diese ebenfalls in das Orientierungskonzept einzubeziehen.

Schließlich muss sichergestellt werden, dass Fort- und Weiterbildung so selbstverständlich wahrgenommen werden kann wie eine Ausbildung oder Umschulung und sie muss finanziert werden können. Ein Fort- und Weiterbildungsgesetz (Thomas Ressel) sollte deshalb sicherstellen, dass der Anschluss an die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt für jede und jeden möglich bleibt und ein selbstverständlicher Teil der beruflichen Bildung wird.

„All diese Punkte zeigen, dass wir von einer tatsächlichen Annäherung zwischen hochschulischem und beruflichem System, geschweige denn ihrer Gleichwertigkeit, noch weit entfernt sind. Auch die Durchlässigkeit zwischen den Systemen ist äußerst fraglich.“ Mit diesem Zitat von Elke Hannack, stellv. DGB-Vorsitzende, eingebracht von Wolfgang Hill und dem Hinweis darauf, dass noch viel Wegstrecke zurückzulegen sei, endete das Forum.

Links zum Forum 6

www.gew.de/berufliche-bildung/akademisierung-der-beruflichen-bildung/aktuelles/

> Präsentation Thomas Ressel: Weiterbildungsberufe nach BBiG und Weiterbildung an Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium

> Präsentation Wolfgang Hill: Weiterbildung an Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium?

Presseinformation

GEW: „Berufliche und akademische Bildung verzahnen“

// Bildungsgewerkschaft: Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven für beruflich Qualifizierte verbessern – neue Initiativen für mehr Durchlässigkeit starten //

Berlin/Frankfurt a.M. – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mahnt eine bessere Verzahnung zwischen beruflicher und akademischer Bildung an. „Nicht Konkurrenz, sondern ein gegenseitiger Bezug des Berufsbildungs- und des Hochschulsystems tragen zu einer Lösung der gesellschaftlichen Anforderungen an das Bildungs- und Beschäftigungswesen bei“, sagte Ansgar Klinger, für Berufliche Bildung und Weiterbildung der GEW verantwortlich, zum Auftakt der GEW-Tagung „Akademisierung der beruflichen Bildung“ am Donnerstag in Berlin. „Die Diskussion um die Akademisierung der Berufswelt ist zugleich eine über die ‚Verberuflichung‘ der Hochschulen.“

„Die Hochschulen müssen sich noch deutlich mehr für Menschen öffnen, die beruflich qualifiziert sind“, betonte Klinger. Heute habe fast jeder zweite Berufseinsteiger einen akademischen Abschluss. Das sei keine Entwertung von Abschlüssen, sondern ein Gewinn, der eng mit dem Wunsch nach gesellschaftlichem Aufstieg verbunden ist. „Nicht die Abschottung, sondern eine höhere Durchlässigkeit zwischen den beiden Systemen ist die richtige Antwort“, sagte Klinger.

Die Arbeitgeberverbände beklagten zwar mantraartig den Fachkräftemangel, aber sie haben „in der Vergangenheit Chancen versäumt, klare Beschäftigungs- und Aufstiegsperspektiven zu entwickeln“. Viele junge Menschen sähen deshalb im Studium oder dem „Dualen Studium“ einen guten Einstieg ins Berufsleben und Karrierechancen, hob Klinger hervor. Dabei habe das „Duale Studium“ in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Die Vielfalt und der organisatorische „Wildwuchs“ der dualen Studiengänge bedürften jedoch dringend einer Regulierung - ähnlich wie das Berufsbildungsgesetz seinerzeit zu einer Systematisierung der dualen Ausbildung geführt habe. Angesichts der unterschiedlichen Formen des dualen Studiums sei eine klare Beschreibung der Rolle der berufsbildenden Schulen erforderlich. „Auch in Zukunft muss die duale Ausbildung sowohl für leistungsstärkere Jugendliche attraktiv gestalten werden als auch Leistungsschwächeren ein Recht auf Ausbildung und damit gesellschaftliche Teilhabe eröffnen“, sagte der Berufsbildungsexperte. „Denn eins dürfen wir bei der Diskussion um die ‚Akademisierung‘ nicht vergessen: Es ist ein gesellschaftliche Skandal, dass nach wie vor mehr als 1,3 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss haben!“

Info: Die GEW-Bundestagung „Akademisierung der beruflichen Bildung“ findet am 12. und 13. November in Berlin statt. Alle weiteren Informationen finden Sie unter: http://www.gew.de/studium/veranstaltungen/eventShow/gew-bundestagung-akademisierung-der-beruflichen-bildung/.

„Akademisierung der beruflichen Bildung“

// So lautete das Motto einer GEW-Tagung in Berlin mit 150 Gästen aus Berufsschule, Forschung, Ministerien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. //

„Smart Factory“, „Industrie 4.0“, „Digitalisierung der Arbeitswelt“ – diese Begriffe stehen für tiefgreifende Umwälzungen in den Betrieben. Was bedeuten die Trends für die Beschäftigten? Welche Qualifikationen sind künftig gefragt? Was wird aus Jugendlichen ohne Schulabschluss und Berufsausbildung? Und welche Antworten liefert die berufliche Bildung? Reichlich Gesprächsstoff also in der denkmalgeschützten Aula der Max-Taut-Schule, die 1930 nach Plänen des Bauhaus-Architekten Taut erbaut wurde.

Sirikit Krone von der Universität Duisburg-Essen sprach von einem „break“: Über Jahrzehnte sei die duale Ausbildung der Kern beruflicher Bildung gewesen. Doch habe in 2013 die Zahl derer, die eine duale Ausbildung begannen (500 000), erstmals unter der Zahl der Studienanfänger – leicht über 500 000 – gelegen. Das duale System, so die Sozialwissenschaftlerin, stehe folglich „unter Druck“. Druck, der laut Krone auch vom Arbeitsmarkt kommt. Denn in den Unternehmen werde die Nachfrage nach Arbeitskräften mit abgeschlossener Berufsausbildung bis 2030 zurückgehen. Der Bedarf an Hochschulabsolventen steige hingegen.

Um diesen Entwicklungen gerecht zu werden, forderte die Wissenschaftlerin, berufliche und akademische Bildung besser miteinander zu verknüpfen und „mehr Durchlässigkeit zwischen den Sektoren“ zu schaffen. Voraussetzung seien das wechselseitige Anrechnen von Leistungen und Abschlüssen sowie „gegenseitige Wertschätzung“. Als Beispiel nannte sie das „Duale Studium“, das Hochschulausbildung mit Berufspraxis in einem Unternehmen verbindet. Von 2010 bis 2014 stieg hier die Zahl Studierender von rund 50 000 auf mehr als 94 000. Auch die Zahl dualer Studiengänge erhöhte sich kräftig – von rund 700 auf 1 500. Deren „mangelnde Qualitätsstandards“ kritisierte Krone allerdings.

„Rigide Abgrenzung“

Prof. Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), plädierte dafür, berufliche und akademische Bildung als gleichwertig zu betrachten und sprach sich ebenfalls für mehr Durchlässigkeit aus. In diesem Zusammenhang verwies er auf den Wissenschaftsrat, der den Hochschulen empfohlen habe, ihre Studiengänge so zu reformieren, „dass auch Menschen mit Berufsausbildung Zugang haben“. Es gelte ferner, die Berufsorientierung an Gymnasien zu stärken. „Das muss zum Standard werden“, betonte Esser. Allerdings sollten die beiden Teilsysteme – hier die berufliche, dort die akademische Bildung – bestehen bleiben. Wer sie vermische, laufe Gefahr, deren Qualität zu nivellieren. Denn es handele sich um „zwei völlig verschiedene Lernkulturen“. Dem widersprach Prof. Günter Kutscha, Erziehungswissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen. „Die rigide Abgrenzung von Ausbildung und Studium ist genau das Problem“, so der emeritierte Hochschullehrer.

Auch die IG Metall reagiert auf die neuen Entwicklungen in der Arbeits- und Berufswelt. „In den nächsten Jahren kommen viele Hochschulabsolventen in die Betriebe“, erklärte IG-Metall-Vorstandsmitglied Thomas Ressel. „Wir stellen uns darauf ein.“ Bereits heute sind in Deutschlands größter Industriegewerkschaft über 30 000 Studierende organisiert. Ressel wies in dem Kontext auf das Diskussionspapier „Erweiterte moderne Beruflichkeit“ hin. In diesem spricht sich die IG Metall deutlich gegen „eine Modularisierung der Berufsausbildung“, also gegen zersplitterte Ausbildungsgänge, aus. Es gehe ferner nicht allein um „Employability“, also um bloße wirtschaftliche Verwertbarkeit von Qualifikationen, unterstrich Ressel. „Nur wer eine ganzheitliche Ausbildung macht, formuliert auch Ansprüche an seine Arbeitsumgebung“, stellte er klar. Für Geringqualifizierte wolle die IG Metall eine „Neuqualifizierungsoffensive“ starten. Auch Fragen der Inklusion „treiben uns um“, so der Gewerkschafter.

Wenig Ausbildungsplätze

Tom Erdmann, einer der beiden Vor-sitzenden der GEW Berlin, betonte, „dass es zu wenig betriebliche duale Ausbildungsplätze gibt“. Das sei „das eigentliche Problem“. Bundesweit hätten mehr als 1,3 Millionen Frauen und Männer keinen Berufsabschluss. Daran erinnerte auch GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe, zu der viele Migranten gehören, betrage 20 Prozent, bei Menschen mit dualer Ausbildung liege sie lediglich bei fünf Prozent. Tepe machte zudem darauf aufmerksam, dass Kinder aus Facharbeiterhaushalten weit seltener studieren als Kinder aus Akademikerfamilien. Die GEW-Chefin sprach von „Ausgrenzung“ und sieht „dringenden Handlungsbedarf für Politik und Wirtschaft“.

In den Foren gingen die Gäste der Frage nach, wie sich die Chancen für vermeintlich leistungsschwächere Jugendliche verbessern ließen. Fakt ist: Wer keinen Ausbildungsplatz ergattert hat, findet sich zumeist in Qualifizierungsmaßnahmen wieder, die nicht zu einem Berufsabschluss führen, zudem ist dieses Übergangssystem teuer und wenig effizient. Hamburg reagierte mit einer Reform, die seit Sommer 2014 an allen Stadtteilschulen – den früheren Haupt-, Real- und Gesamtschulen – greift (E&W berichtete). Deren Merkmale: Berufsorientierung schon ab Klasse 8, zusätzliches Personal, Zusammenarbeit mit Lehrerinnen und Lehrern aus Berufsschulen, Betriebspraktika sowie nach Ende der Schullaufbahn gebündelte Beratung und Unterstützung durch Arbeitsagentur und Schulbehörde. Für junge Frauen und Männer ohne Schulabschluss gelte nun, so Horst Linke von der GEW Hamburg: „Nicht der Abschluss interessiert, sondern der Anschluss“ – also die Übernahme in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis. Die duale Ausbildung müsse Leistungsschwächeren „ein Recht auf Ausbildung eröffnen“. Und sie müsse mit Blick auf die Zukunft gleichzeitig „für leistungsstärkere Jugendliche attraktiv gestaltet werden“, resümierte Ansgar Klinger, für Berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied. Klinger stellte klar: Eine Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erwartungen erreiche man nicht durch Konkurrenz zwischen beruflicher und Hochschulbildung, sondern nur durch einen „wechselseitigen Bezug“.

Matthias Holland-Letz
freier Journalist

GEW im Netz

// GEW im Internet //

Täglich aktuelle News von der GEW, alle Publikationen und Downloads auf einen Blick, online zu Veranstaltungen anmelden und im Forum mitdiskutieren – das ist GEW.de

gew.de

// Die GEW auf Facebook //

„Like“ uns auch auf Facebook! Wir halten euch mit Nachrichten auf dem Laufenden, beantworten eure Fragen und geben Raum zur Diskussion. Schon die GEW „gelikt“?

facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft

// Die GEW auf Twitter //

Neues von der Bildungsgewerkschaft GEW in 140 Zeichen. Unsere Nachrichten gibt es auf Twitter kurz und knapp zusammengefasst – und zwar täglich und schnell!

twitter.com/gew_bund

// Die GEW auf Youtube //

Videos von Streikkundgebungen, Interviews mit Mitgliedern und Erklärungen zu Tarifhintergründen, das findet ihr alles auf unserem Youtube Kanal. Schau‘ ihn dir an!

youtube.com/GEWHauptvorstand

// Die GEW im Newsletter //

Zu all unseren Themen bieten wir regelmäßig erscheinende Newsletter an. Bleibe auf dem Laufenden und lasse dir auf deine Bedürfnisse zugeschnittene Informationen zumailen!

www.gew.de/newsletter/newsletter-uebersicht

Antrag auf Mitgliedschaft

Bitte in Druckschrift ausfüllen

Online Mitglied werden
www.gew.de/mitglied-werden

Persönliches

Nachname (Titel) Vorname

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Geburtsdatum Staatsangehörigkeit

gewünschtes Eintrittsdatum

bisher gewerkschaftlich organisiert bei von bis (Monat/Jahr)

☐ weiblich ☐ männlich

Berufliches (bitte umseitige Erläuterungen beachten)

Berufsbezeichnung (für Studierende: Berufsziel), Fachgruppe

Diensteintritt / Berufsanfang

Tarif- / Besoldungsgebiet

Tarif- / Besoldungsgruppe Stufe seit

monatliches Bruttoeinkommen (falls nicht öffentlicher Dienst)

Betrieb / Dienststelle / Schule

Träger des Betriebs / der Dienststelle / der Schule

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle / der Schule

Postleitzahl, Ort des Betriebs / der Dienststelle / der Schule

Beschäftigungsverhältnis:

☐ angestellt
☐ beamtet
☐ teilzeitbeschäftigt mit ___ Std./Woche
☐ teilzeitbeschäftigt mit ____ Prozent
☐ Honorarkraft
☐ beurlaubt ohne Bezüge bis _____
☐ in Rente/pensioniert
☐ im Studium
☐ Altersteilzeit
☐ in Elternzeit bis _____
☐ befristet bis _____
☐ Referendariat/Berufspraktikum
☐ arbeitslos
☐ Sonstiges _____

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an.

Ort / Datum Unterschrift

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a. M.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE31ZZZ00000013864

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GEW auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber)

Kreditinstitut (Name und BIC) _ _ _ _ _ _ _ _ | _ _ _

_ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _

IBAN

Ort / Datum Unterschrift

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.
Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.

Vielen Dank – Ihre GEW

Fachgruppe
Nach § 22 der GEW-Satzung bestehen folgende Fachgruppen:
- Erwachsenenbildung
- Gesamtschulen
- Gewerbliche Schulen
- Grundschulen
- Gymnasien
- Hauptschulen
- Hochschule und Forschung
- Kaufmännische Schulen
- Realschulen
- Schulaufsicht und Schulverwaltung
- Sonderpädagogische Berufe
- Sozialpädagogische Berufe

Bitte ordnen Sie sich einer dieser Fachgruppen zu.

Tarifgruppe/Besoldungsgruppe
Die Angaben der Entgelt- oder Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Sollten Sie keine Besoldung oder Entgelt nach TVöD/TV-L oder TV-H erhalten, bitten wir Sie um die Angabe Ihres Bruttoeinkommens.

Betrieb/Dienststelle
Arbeitsplatz des Mitglieds. Im Hochschulbereich bitte den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs/Fachs angeben.

Mitgliedsbeitrag
- BeamtInnen zahlen 0,78 Prozent der Besoldungsgruppe und -stufe, nach der sie besoldet werden.
- Angestellte mit Tarifvertrag zahlen 0,73 Prozent der Entgeltgruppe und -stufe, nach der vergütet wird; Angestellte ohne Tarifvertrag zahlen 0,7 Prozent des Bruttogehalts.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe 1 des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrags.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Bei EmpfängerInnen von Pensionen beträgt der Beitrag 0,68 Prozent des Bruttoruhestandsbezuges. Bei RentnerInnen beträgt der Beitrag 0,66 Prozent der Bruttorente.

Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

Ihr Kontakt zur GEW

GEW Baden-Württemberg
Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/21030-45
info@gew-bw.de
www.gew-bw.de

GEW Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/53894-87
info@gew-bayern.de
www.gew-bayern.de

GEW Berlin
Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
info@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de

GEW Brandenburg
Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
info@gew-brandenburg.de
www.gew-brandenburg.de

GEW Bremen
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
info@gew-hb.de
www.gew-bremen.de

GEW Hamburg
Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
info@gew-hamburg.de
www.gew-hamburg.de

GEW Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
info@gew-hessen.de
www.gew-hessen.de

GEW Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/48527-0
Telefax: 0385/48527-24
landesverband@gew-mv.de
www.gew-mv.de

GEW Niedersachsen
Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
email@gew-nds.de
www.gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen
Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/29403-01
Telefax: 0201/29403-51
info@gew-nrw.de
www.gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz
Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de

GEW Saarland
Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
info@gew-saarland.de
www.gew-saarland.de

GEW Sachsen
Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947404
Telefax: 0341/4947406
gew-sachsen@t-online.de
www.gew-sachsen.de

GEW Sachsen-Anhalt
Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/73134-05
info@gew-lsa.de
www.gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein
Legienstraße 22-24
24103 Kiel
Telefon: 0431/5195-1550
Telefax: 0431/5195-1555
info@gew-sh.de
www.gew-sh.de

GEW Thüringen
Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
info@gew-thueringen.de
www.gew-thueringen.de

GEW-Hauptvorstand
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt a.M.
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
info@gew.de
www.gew.de

GEW-Hauptvorstand
Parlamentarisches Verbindungsbüro Berlin
Wallstraße 65
10179 Berlin
Telefon: 030/235014-0
Telefax: 030/235014-10
parlamentsbuero@gew.de

www.gew.de